

06.07



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Erfolgsgeschichte: 15 Jahre Natura 2000  
G8 und Zivilgesellschaft: Verkürzter Dialog  
EU-Umweltaktionsprogramm nicht auf Kurs  
Europas Meerespolitik bleibt ökologisch blind**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 16 (2007), Heft 06  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

#### DNR Geschäftsstelle Berlin/

#### EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405  
Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger  
(ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frisch-  
muth (tf), Marion Busch (mbu), Franziska  
Heinrich (fh), Matthias Bauer (mb)  
Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: juliane.gruening@dnr.de  
Internet: www.eu-koordination.de

#### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-  
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind  
willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbe-  
dingt die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Die Europäische Verfassung - zwiegespalten auferstanden?

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

lange Zeit war es still, grabesstill um die Europäische Verfassung. Kein Wunder, denn nicht wenige hatten sie nach dem doppelten „Nein“ im Frühsommer 2005 für tot erklärt. Die Mitgliedstaaten der EU verpassten sich eine „Denkpause“ und redeten lieber über das mangelnde Vertrauen der Bürger/innen in die Politik und die europäische Malaise im Allgemeinen.

Doch plötzlich ist sie wieder da, die Verfassungsdebatte. Nachdem die Staats- und Regierungschefs Ende März in der Berliner Erklärung festgehalten haben, dass die Europäische Union bis 2009 auf eine „erneuerte gemeinsame Grundlage“ gestellt werden soll, meldet sich fast jeden Tag ein anderer Staatschef, Parlamentarier oder selbsterklärter Denker zu Wort, um seinen Ausweg aus dem Dilemma darzulegen. Fast möchte man meinen, die Denkpause sei tatsächlich zum Denken genutzt worden. Es ist eine illustre Sammlung von unterschiedlichen und nicht selten gegensätzlichen Vorschlägen, die da auf den Tisch kommt:

Während eine Gruppe von 18 „Ja-Sager“-Staaten, die die Verfassung bereits ratifiziert haben, keine grundlegenden Änderungen möchte, fordern die „Nein-Sager“ Frankreich und Niederlande einen Mini-Vertrag, der lediglich einige unverzichtbare strukturelle Änderungen am System der EU enthält. Sie bekommen Rückendeckung von Großbritannien, das in dieser Frage ausnahmsweise mal mit seinem Lieblingskontrahenten Frankreich einer Meinung ist. Denn die Briten möchten ebenso wie die beiden Nein-Sager unter keinen Umständen ein Referendum abhalten müssen, das ohnehin nicht zu gewinnen wäre. Doch damit enden die britischen und französischen Gemeinsamkeiten auch. Denn Großbritannien möchte die im Verfassungsentwurf verankerte Ausweitung des Einstimmigkeitsprinzips auf innen- und rechtspolitische Politikfelder am liebsten wieder rückgängig machen. Tony Blairs letzter Kampf, bevor er einige Tage später als Regierungschef zurücktritt? Frankreich hält - mit frischem Sarkozy-Elan - dagegen und droht die Verfassung mit dem Beitritt der Türkei zu verknüpfen. Ein Problem, das der Neue im Elyseepalast sowieso lieber heute als morgen gelöst hätte.

Bei soviel Kakophonie wundert es nicht, dass die Polen, die in letzter Zeit die Lust an der Provokation entdeckt haben, gleich die Stimmverteilung im Rat neu regeln wollen - ein Vorhaben, gegen das sich die Büchse der Pandora wie eine Streichholzschachtel ausnimmt. Schließlich fehlte nur noch der altbekannte Vorschlag, dass man ja auch mit einem „Kerneuropa“ vorangehen könne, wenn die anderen nicht mitzumachen wollen. Romano Prodi war es schließlich, der die Idee einbrachte.

Eigentlich ist das alles nicht wirklich ungewöhnlich. Klappern gehört schließlich zum politischen Geschäft, und die eigenen Claims wollen rechtzeitig abgesteckt werden. So funktioniert europäische Demokratie schon lange. Trotzdem möchte man nicht in der Haut von Angela Merkel stecken, die den Erfolg ihrer EU-Ratspräsidentschaft daran geknüpft hat, einen erfolgreichen Ausweg aus dem Verfassungsdilemma zu finden. Zum großen Showdown wird es beim Europäischen Rat am 21. und 22. Juni kommen. Dort soll zwar noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden, aber ein klares Mandat und ein Fahrplan werden von der Kanzlerin erwartet. In der zweiten Jahreshälfte sollen dann die Verhandlungen geführt werden, die bei einer Regierungskonferenz unter portugiesischer Präsidentschaft Ende 2007 abgeschlossen werden sollen. Dann wäre noch etwas mehr als ein Jahr Zeit für die Ratifikation, bis im Frühsommer 2009 das Parlament neu gewählt wird.

Und was tüfteln die Deutschen hinter den Kulissen aus? Klar ist zumindest, dass sie unter keinen Umständen das gesamte Paket noch einmal aufschnüren wollen. Die Gerüchteküche vermeldet stattdessen eine Aufteilung der Verfassung in zwei separate Verträge. Der erste Vertrag würde die Grundprinzipien, Werte und Strukturen der EU beinhalten, der zweite die einzelnen Politikfelder und Entscheidungsmechanismen. Eine gangbare Lösung? Zumindest der bisher realistischste Vorschlag.

Was würde ein solches Vorgehen aus Umweltsicht bedeuten? Schwer zu sagen. Die alte Verfassung hatte sowohl positive als auch negative Seiten. Wenn die Bundesregierung eine erneute Diskussion über die Inhalte tatsächlich vermeiden kann, dann hätte sich das Thema erledigt. Sollte es jedoch zu einer Neuauflage der Diskussion kommen, dann wäre die entscheidende Frage, welche Inhalte in die

beiden neuen Verträge übernommen werden. Immerhin finden sich in dem derzeitigen Verfassungsentwurf einige recht positive Ansätze, etwa mehr Rechte für das Parlament, bessere Einflussmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft oder ein eigenes Kapitel zu Energie. Auf der anderen Seite stehen zahlreiche überholte Politikfelder wie die Landwirtschafts- oder die Handelspolitik, deren teilweise jahrzehntealte Texte unverändert fortgeschrieben wurden, obwohl sie einer gründlichen Revision bedürfen. Auch von der dringend notwendigen Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen fehlt leider jede Spur.

Sollte es nach dem 22. Juni also tatsächlich eine erneute Verfassungsdiskussion geben, so werden die Umweltverbände sich einmischen müssen. Denn es steht einiges auf dem Spiel. Gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen wäre dies eine Möglichkeit, für eine europäische Verfassung zu kämpfen, die alte Zöpfe abschneidet und sich ernsthaft für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft entscheidet.

Doch wird die Verfassung dann überhaupt noch Verfassung heißen? Immer weniger spricht dafür. Da es aus einer rein rechtlichen Perspektive sowieso keinen Unterschied macht, ob dieses Regelwerk, das nur mit Einstimmigkeit geändert werden kann, „Verfassung“ oder „Vertrag“ heißt, würde mancher Staatschef das emotional stark aufgeladene Wort gerne durch ein nüchterneres ersetzen. So könnte es sein, dass die Verfassung zwar wieder aufersteht - aber unter anderem Namen und eventuell zweigeteilt.

Eine inspirierende Lektüre wünscht  
Markus Steigenberger  
Leiter EU-Koordination, DNR

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Die Europäische Verfassung - zwiegespalten auferstanden?

## 5 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- „G8-Dialog Zivilgesellschaft“: Bloßer Austausch von Standpunkten  
Von Juliane Grüning, DNR
- G8-Gipfel: Kanzlerin empfängt NGOs
- Newsticker: G8-Gipfel 2008 in Japan

## 8 EU-Politik, Recht

- EEB/DNR-Konferenz zum „New Deal“
- Konsultation zu marktwirtschaftlichen Instrumenten
- Kritik an EU-Ressourcenstrategie
- EU-Kommission: NGO-Halbzeitbilanz
- Halbzeitbilanz des 6. Umweltaktionsprogramms
- EU-Gelder für deutsche Regionen
- Kommission legt Budget für 2008 vor
- Umwelthaftung: Umsetzungsdefizit
- Newsticker: Finnland, EU-Verfassung, Öko-Innovationen

## 12 Abfall, Produktpolitik

- Abfallrahmenrichtlinie im Umweltrat
- EU-Parlament fordert mehr Mitsprache im Abfallrecht
- Altauto-Richtlinie: Umsetzung lahm
- EU-Ökolabel für deca-BDE?
- Newsticker: Verbrauchersicherheit, Füllmengen-Richtlinie, Beschaffung

## 14 Agrarpolitik, Gentechnik

- Protest gegen Gentechnik-Grenzwert in neuer Ökolandbauverordnung
- Deutschland stoppt Genmais
- Newsticker: Patente, Saatgutmarkt, Agrarsubventionen, gentechnikfreie Regionen, Cross Compliance

## 16 Chemikalien, Emissionen

- Die WHO steht zur globalen Eliminierung von DDT  
Von Carina Weber, PAN Germany
- Rotterdam-Konvention: Mehr Dauergifte sollen verboten werden
- EFSA rügt hohe Pestizid-Grenzwerte
- Newsticker: Biozide, Quecksilber, POPs-Umsetzung, IVU-Leitlinien, Schiffs-Emissionen, Nanotech-Risiken

## 19 Energie, Klima

- Europaparlament zieht positive Euratom-Bilanz
- EU: Biokraftstoffe nicht nachhaltig
- EU will Energiemarkt-Liberalisierung
- Neuer Klimaschutz-Ausschuss
- Parlamentsdebatte zum Flugverkehr
- EU-USA-Gipfel ohne Klima-Beschluss
- UN-Nachhaltigkeitskonferenz: EU verweigert Unterschrift
- Kongress McPlanet.com fordert global gerechten Klimaschutz
- Verbände gründen Klima-Allianz
- Newsticker: Projektförderung, Emissionshandel, Benefizkonzert

## 24 Naturschutz, Biodiversität

- LIFE+-Verordnung angenommen
- Jubiläum: 15 Jahre Natura 2000
- Erster Atlas zur Nährstoffbelastung
- Globales Arteninformationssystem
- Naturschutzdirektoren-Konferenz
- Kritik an neuer Masthühner-Richtlinie
- Newsticker: Klimawandel, Vogeljagd, Biodiversitätsstrategie, Holzeinschlag, Bienen, Tierversuche, Forschung

## 28 Verkehr, Tourismus

- Städte zum Grünbuch Stadtverkehr
- Westeuropas Bahnen kooperieren
- EIB-Kredite heizen das Klima an

## 29 Wasser, Meere, Fischerei

- EU-Parlament für Erika-III-Paket
- Meerespolitikkonferenz enttäuschend
- Konsultation zu Aquakulturen
- NABU fordert Schutz für Hai-Arten
- Artenschwund in Süßwasserbiotopen
- Newsticker: Dürre, Meeresschutz, Aal, Tun, Kabeljau, Wale, Delfine

## 32 Service

- Veröffentlichungen/Nützliches im Netz
- Ausschreibungen, Termine
- Wegweiser: EU, EEB

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Europa vor der Energiewende?

## „G8-Dialog Zivilgesellschaft“ ohne Kanzlerin

Von Juliane Grüning, Deutscher Naturschutzring

### NGOs diskutieren mit Sherpas über G8-Gipfel in Heiligendamm

Rund 200 Teilnehmer/innen aus der ganzen Welt hatten sich am 25. und 26. April in der Bonner Beethovenhalle zum zweitägigen „G8-Dialog Zivilgesellschaft“ versammelt. Aus allen G8-Staaten<sup>1</sup>, Afrika, Indien und Lateinamerika waren Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gekommen. Die drei Hauptthemen Weltwirtschaft, Afrika und Klimaschutz wurden jeweils auf einer Podiumsdiskussion behandelt, Höhepunkt war ein „Runder Tisch“ von rund 20 NGO-Vertreter/innen und den G8-Sherpas<sup>2</sup> sowie einem Sherpa der EU-Kommission. Das Forum Umwelt und Entwicklung hatte die Veranstaltung zusammen mit VENRO<sup>3</sup> und der Bundesregierung organisiert.

### „Klimaschutz und Armutbekämpfung nicht getrennt betrachten“

Im Ostseebad Heiligendamm treffen sich vom 6. bis 8. Juni die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten, die zusammen 64 Prozent des Weltsozialproduktes erwirtschaften, aber nur 13 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Zusammen mit den fünf größten Schwellenländern<sup>4</sup>, deren Staatsoberhäupter ebenfalls geladen sind, verursachen sie 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasen, wie Regine Günther vom Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung in ihrer Eröffnungsrede ausführte. Die Themen Klimaschutz und Armutbekämpfung dürften nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Die Entschuldung der Entwicklungsländer sei als Unterstützung bei weitem nicht ausreichend. So betrug z. B. die Entschuldung Äthiopiens im Jahr 2006 rund 78 Mio. US-Dollar, während das Land allein 380 Mio. US-Dollar für Ölimporte ausgab. Die Themenwahl für den G8-Gipfel sei zwar zu begrüßen, so Günther, aber die Perspektive der Zivilgesellschaft sei eine andere.

1 USA, Kanada, Italien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Japan, Russland

2 Die für die Vorbereitung des G8-Gipfeltreffens verantwortlichen Regierungsbeamten.

3 VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen. [www.venro.org](http://www.venro.org)

4 Südafrika, China, Brasilien, Mexiko, Indien

### Kanzlerin hatte keine Zeit - Ministerin will gerechtere Globalisierung

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul hielt die Eröffnungsrede für die Bundesregierung. Kanzlerin Angela Merkel hatte keine Zeit sich mit der internationalen Abordnung von NGOs aus dem Umwelt- und Entwicklungsbereich zu befassen, da sie in Berlin beim „G8 Business Summit“ weilte, wo sich die G8-Wirtschaftsdachorganisationen trafen.

Wieczorek-Zeul wechselte bei kritischen Nachfragen mehrfach ihre Rolle und vertrat lieber ihre „persönliche Meinung“, z. B. dass die TRIPS<sup>5</sup> aus ihrer Sicht überarbeitet werden sollten und dass Atomkraft keine nachhaltige Energie sei - oder sie versuchte sich „diplomatisch auszudrücken“, was die möglichen Signale von Heiligendamm denn nun sein könnten.

„G8-Beschlüsse sind das eine, aber daraus politische Schritte zu entwickeln, ist eine andere Sache“, sagte sie. Man nimmt der dienstältesten Ministerin im Kabinett ab, dass sie innerhalb der eigenen Regierung und weltweit seit Jahren dicke Bretter bohrt. Aber auch wenn Wieczorek-Zeul beteuerte, dass es im 21. Jahrhundert um eine „gerechtere Globalisierung“ gehe: Die G8-Agenda meint mit „Abbau globaler Ungleichgewichte“ nicht einen Abbau von Ungerechtigkeiten, wie ihn NGOs fordern. Thomas Deve aus Simbabwe fand dafür klare Worte: „Wir sprechen hier immer davon, dass Afrika der ‚Kontinent der Möglichkeiten‘ ist. Es fragt sich nur, für wen: Die ehemaligen Kolonialmächte? China? Oder die Bevölkerung?“ Die offiziellen Themen des G8-Gipfels (siehe Kasten) zeigt deutlich, dass es um knallharte Interessen geht.

Die Legitimität der G8 sei aus NGO-Sicht anzuzweifeln, bemerkte VENRO-Vizevorsitzender Uli Post. Da die G8 aber für sich in Anspruch nehme weltpolitische Entscheidungen zu treffen, müsse die Zivilgesellschaft mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit treten. Bei der Agenda des G8-Gipfels fehlten vor allen Dingen konkrete Arbeits- und Zeitpläne für bisherige Beschlüsse. Die „Großartigkeit von Ankündigungen“ sei nicht ausreichend - sie

5 TRIPS-Abkommen (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights): Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum

### „Wachstum und Verantwortung“

...lautet das offizielle Motto des G8-Gipfels 2007. Die offiziellen Themen sind:

- Abbau der globalen Ungleichgewichte (Leistungsbilanzdefizit in den USA, unzureichende Binnendynamik in Europa und Japan, Anwachsen der Währungsreserven in Asien)
- systemische Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte
- Investitionsfreiheit
- Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie
- Energieeffizienz und Klimaschutz
- Afrika: Gute Regierungsführung, nachhaltige Investitionen, Frieden und Sicherheit, Kampf gegen HIV/Aids

müssten auch umgesetzt und finanziert werden, sagte Post.

Insbesondere von Vertreter/innen aus Entwicklungsländern wurde in Bonn immer wieder hervorgehoben, dass die Politik der G8 an ihren Interessen und Bedürfnissen weitgehend vorbei gehe. Eine Liberalisierung der Investitionsregeln sei im Interesse der multinationalen Konzerne der reichen G8- und anderer Staaten, nicht der Entwicklung der armen Länder. Und die Forderung der G8 nach stärkerem Patentschutz entspreche den Interessen internationaler Pharmaunternehmen, vernachlässige jedoch die vielen AIDS-Kranken in Entwicklungsländern, die auf den Zugang zu preiswerten Nachahmerpräparaten angewiesen seien.

### Großpuppenaktion sorgt für Eintritt der Sherpas durch die Hintertür

Scharfe Kritik an der Weltwirtschaftspolitik der G8 und der Bundesregierung artikulierte „Gerechtigkeit Jetzt!“ - Die Welthandelskampagne“ mit einer Großpuppen-Aktion am zweiten Tag der Konferenz. Mit Trommelwirbel, einer Gruppe von Clowns und riesigen Pappmaché-Figuren protestierten etwa 50 Demonstrant/innen vor den Toren der Beethovenhalle, was die Sherpas veranlasste, die Hintertür zu nehmen. Dabei hatte die deutsche G8-Präsidentschaft sich doch als Ziel gesetzt, im Dialog „Missverständnisse zu reduzieren und gemeinsame Politikziele voranzubringen“ sowie „voneinander zu lernen“. Offensichtlich war damit nicht Alexis Passadakis, Handelsexperte bei Gerechtigkeit Jetzt gemeint. Der sagte in Bonn: „Der Kern der Agenda von Bundeskanzlerin Merkel für

den G8-Gipfel ist offensiv gegen die großen Schwellenländer gerichtet. Es geht um bessere Profitmöglichkeiten für die Unternehmen aus dem Norden in dieser Staatengruppe, nicht um Welthandelsstrukturen, die zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit führen würden“.

### **Runder Tisch mit den Sherpas: Quadratur des Kreises**

In zwei Arbeitsphasen wurden während der Konferenz einzelne Themen in Kleingruppen behandelt. Zu den Themen Klima und Energie, Afrika, Geistige Eigentumsrechte, Biodiversität, Weltwirtschaft und Investitionen sowie Rohstoffe gab es neben Inputs vom Podium lebhaft Beiträge der Teilnehmer/innen.

Doch beim Höhepunkt der Veranstaltung - dem „Runden Tisch“ mit den G8-Sherpas - war der Zeitplan so straff, dass die Ergebnisse kaum ins Gewicht fielen. Das lag allerdings nicht an den 21 NGO-Vertreter/innen, die jeweils nur wenige Minuten Zeit hatten ihre Position darzulegen und trotzdem Workshopergebnisse einfließen ließen. Vielmehr gibt es „die“ Position der NGOs nicht, wenn beispielsweise zum Thema Weltwirtschaft in einer Dreiergruppe neben Martin Khor vom Dritte-Welt-Netzwerk („kein vorschneller Abschluss der Doha-Runde“) auch gleich noch Dr. Claudia Wörmann vom Bund Deutscher Industrie („schnell raus aus der Doha-Sackgasse“) und Dr. Jürgen Eckl vom Deutschen Gewerkschaftsbund sprechen. Offiziell gilt „die Wirtschaft“ nämlich auch als NGO. Da hat es der deutsche Sherpa Dr. Bernd Pfaffenbach leicht, wenn er auf die dreifach unterschiedliche Erwähnung der Hedge-Fonds-Problematik<sup>1</sup> antwortet, damit werde sich die G8 „intensiv beschäftigen, aber man soll das Thema auch nicht überbewerten“, ohne auf die ebenfalls dreifach unterschiedlichen Inhalte eingehen zu müssen. Der eingefahren wirkende, hastige Positionsaustausch am „Runden Tisch“ hinterließ den Eindruck, dass ein „Dialog“ mit der Zivilgesellschaft doch etwas anderes meinen sollte als ein ein-stündiges Rede-Antwort-Spiel mit den

<sup>1</sup> Hedge-Fonds (engl. hedge: „absichern“) sind Aktienanteile, die mit hohem Riskokapital und verschiedenen Anlagestrategien gehandelt werden, wobei binnen Sekunden große Geldmengen verschoben werden. Es geht um die „totale Rendite“ ([www.hedgefonds24.de](http://www.hedgefonds24.de)). Hedge-Fonds unterliegen meist keinem Kontrollsystem - eine einheitliche internationale Regelung fehlt - und werden aus Offshore-Regionen gelenkt, um Steuern zu umgehen.

Sherpas. Auch wenn hochinteressant war zu beobachten, wie uneinig die Chefunterhändler untereinander sind.

### **Klimaschutz: Wenn nicht mit, dann eben ohne USA**

Deutlich wurde das unter anderem am ebenso konfliktträchtigen wie interessengeleiteten Thema Klimaschutz. Nicht nur NGO-Vertreter wie Michael Frein vom Evangelischen Entwicklungsdienst forderten, dass es Fortschritte geben müsse - zur Not ohne die Beteiligung jedes einzelnen G8-Staates. Auch der italienische Sherpa Stefano Sannino bemerkte, dass es womöglich an der Zeit sei ungewöhnliche Entscheidungen zu treffen. Die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sei geringer geworden - und wer bei gemeinsamen Vereinbarungen nicht mitmache, müsse eben „im Kalten“ stehen. Hilfreich sei dabei, wenn die NGOs konstanten Druck machten, auch wenn Entscheidungen manchmal Jahre brauchten. Sannino lehnte die Option Atomkraft ausdrücklich ab.

Dem widersprach der russische Sherpa Igor Schuwalow, dem die Energiesicherheit am wichtigsten schien. Atomkraft sei ja bei den NGOs nicht so beliebt, dürfte aber als Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden. Mit dieser Bemerkung ausgerechnet an einem 26. April provozierte Schuwalow den einzigen Zwischenruf („Haben Sie Tschernobyl vergessen?“) der gesamten Konferenz, die ansonsten sehr zivil ablief.

### **Biodiversität - mehr als nur Artenvielfalt**

Professor Manfred Niekisch, Vizepräsident des Deutschen Naturschutzbundes, vertrat - neben anderen - das Thema Biodiversität beim „Runden Tisch“. Der Erhalt der Biodiversität und der Klimaschutz könnten nicht getrennt voneinander gesehen werden, argumentierte er. Beide, die Biodiversität und das Klima, seien die Grundlage jeglichen menschlichen Wirtschaftens und des sozialen und kulturellen Lebens auf der Erde. Die G8 müssten ihre Verantwortung für die Bewahrung der Biodiversität wahrnehmen. Die Industrienationen könnten mit Importen, Technologie etc. Umweltkrisen derzeit zumindest überbrücken. Die ärmeren Regionen der Welt, in denen Subsistenzwirtschaft vorherrscht, bekämen hingegen die Folgen des Verlustes von Biodiversität und der Klimaveränderungen bereits massiv zu spüren. Als Beispiel nannte Niekisch die zuneh-

menden Flüchtlingsströme aus Afrika nach Europa. Auch Martin Khor forderte, wenigstens die „Potsdam Initiative“ der G8-Umweltminister in die G8-Gipfelverhandlungen einzubeziehen. Biodiversität könne nicht als Nebenthema abgehandelt werden, denn nicht nur durch die Übernutzung, auch durch den wachsenden Einfluss gentechnisch veränderter Organismen sei die ökologische Vielfalt besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika in Gefahr.

### **G8-Gipfel bleibt elitär und undemokratisch**

Wer die G8 als einen (wenn auch informell) institutionalisierten Ausdruck der ungleichen Globalisierung zugunsten der reichen Länder und der großen Konzerne sieht, wurde auch durch den „Dialog Zivilgesellschaft“ nicht vom Gegenteil überzeugt. Bittere Armut, die breiter werdende Kluft zwischen Arm und Reich in allen Gesellschaften, Geschlechterungerechtigkeit und die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Agenden und Pläne der G8 sowie von Weltbank und Internationalem Währungsfonds ganz offen weiter forciert. Die alte Frage „Cui bono“ - wem zum Vorteil diene dieser G8-Dialog Zivilgesellschaft? - würde ich auch in diesem Fall mit „den G8“ beantworten. Was uns darin bestärken sollte, unsere Art des Protestes und des Gegenwindes lautstark zu äußern. ■

### ● **Weitere Informationen**

Forum Umwelt & Entwicklung, Jürgen Maier, Mona Bricke  
Tel. 0228 / 359704  
Dokumentation der Konferenz:  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

VENRO e.V., Dirk Bange  
Tel. 0228 / 94677-0, Fax -99

Entwurf der G8-Deklaration (Feb. 07):  
[www.priceofoil.org/wp-content/uploads/2007/04/Draft\\_G8\\_Feb\\_2007\\_Version.pdf](http://www.priceofoil.org/wp-content/uploads/2007/04/Draft_G8_Feb_2007_Version.pdf)

G8 Business Summit Declaration (PDF, 2 MB):  
[www.bdi-online.de/Dokumente/Presse/G8\\_BusinessDeclaration\\_neu.pdf](http://www.bdi-online.de/Dokumente/Presse/G8_BusinessDeclaration_neu.pdf)

NGO-Positionspapier zum G8-Gipfel:  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)  
Kritische Replik der Bundeskoordination Internationales: [www.buko.info](http://www.buko.info)

### Sondertreffen zum G8-Gipfel: Kanzlerin empfängt NGOs

#### Umweltverbände fordern 80 Prozent weniger Treibhausgas bis 2050

Am 14. Mai hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen zu einem Treffen in Vorbereitung des G8-Gipfels empfangen. Der Spiegel bezeichnete die 19 Vertreter/innen aus Umwelt-, sozialen, entwicklungspolitischen und Bürgerrechtsorganisationen als das „Who-is-who der Weltverbesserer“. Eineinhalb Stunden hatte sich die Kanzlerin Zeit genommen. Zwei Themenkreise wurden behandelt, nämlich Klima und Afrika/HIV/Welthandel. Angeregt und organisiert wurde das Treffen von VENRO, dem Dachverband der Entwicklungsorganisationen, und vom Forum Umwelt und Entwicklung. Die Auswahl über die Teilnehmer/innen traf das Kanzleramt. Hubert Weinzierl (Deutscher Naturschutzring), Angelika Zahrt (BUND) und Regine Günther (Forum Umwelt und Entwicklung) vertraten die deutsche Umweltseite, außerdem waren internationale Vertreter/innen von WWF, Greenpeace und Friends of the Earth eingeladen.

#### Klimaschutzforderungen der NGOs: Zur Not eine „Koalition der Willigen“

Was den Klimaschutz anbelangt, wird der G8-Gipfel in Regierungskreisen als wichtiges Vorbereitungstreffen für die Klimakonferenz auf Bali im Dezember angesehen, bei dem Maßnahmen für Technologietransfers sehr viel leichter zu erreichen seien als konkrete quantifizierte Ziele. Der Bundesregierung sei aber sehr daran gelegen, einen gemeinschaftlichen Beschluss zu fassen. Die Atomenergie solle auf dem Gipfel keine Rolle spielen.

Die NGOs forderten Klimaschutzmaßnahmen, die die globale Klimaerwärmung im Rahmen von maximal zwei Grad halten. Dafür sollten die Treibhausgasemissionen bis 2050 weltweit halbiert werden. Die Industriestaaten müssen dabei eine führende Rolle einnehmen und ihre Emissionen bis 2050 um 80 Prozent vermindern (Deutschland bis 2020 minus 40 Prozent). Der G8-Gipfel müsse außerdem ein Signal setzen, dass die Verhandlungen zur Nachfolge des Kyoto-Protokolls noch in diesem Jahr beginnen und bis 2009 abgeschlossen sein sollten. Falls dies nicht gelänge, sollten zumindest die Staaten, die sich einig seien, als „Koalition der Willigen“

auftreten und die internationale Klimapolitik vorantreiben, so die NGO-Forderungen.

#### Demonstrationsfreiheit als Grundrecht

Kritisch angesprochen wurden von DNR-Präsident Hubert Weinzierl die Polizeiaktionen gegenüber G8-Gegnern. Am 9. Mai hatte es im ganzen Bundesgebiet Hausdurchsuchungen in über 40 Objekten gegeben. Diese wurden von der Bundesanwaltschaft mit der „Verhinderung terroristischer Anschläge“ auf Grundlage des Paragraphen 129a begründet. Konkrete Hinweise auf Straftaten der Aufgesuchten lagen allerdings nicht vor.

#### Einbeziehung der Zivilgesellschaft soll fortgesetzt werden

Als „sehr konstruktiv“ beschrieb Regine Günther vom Forum Umwelt und Entwicklung das Gespräch über die Klima- und die Afrikapolitik. Als positiv bewertete sie die Einbindung der wichtigsten Schwellenländer in die Überlegungen zum Klimaschutz. Sie hoffe, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft fortgesetzt werde.

Das Treffen mit den NGOs soll Ende des Jahres wiederholt werden. Das nächste Treffen soll laut Kanzlerin zusammen mit Japan stattfinden, das den nächsten G8-Vorsitz inne hat. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring  
DNR-Präsident, Hubert Weinzierl,  
Straubinger Str. 5, 94344 Wiesenfelden  
Tel. 09966-777, -1270, Fax -490  
eMail:  
h.weinzierl@bund-naturschutz.de  
www.dnr.de

#### Quellen:

www.spiegel.de/politik/deutschland/  
0,1518,482890,00.html  
Berliner Zeitung, 15.05.07, S. 5 (AFP)

### G8-Newsticker

#### Nächster G8-Gipfeltermin steht fest: 7. bis 9. Juli 2008 auf Hokkaido

Der japanische Premierminister Shinzo Abe hat den Tagungsort für das nächste G8-Treffen im Jahr 2008 bekanntgegeben, wenn Japan den Vorsitz über die G8-Staaten übernimmt. Die Staats- und Regierungschefs sollen auf einem 600 Meter hohen Berg am See Toya auf der zweitgrößten japanischen Insel Hokkaido tagen. Dies sei ein „passender Ort“, befand Abe, da es auch um Umweltthemen gehen soll. Der Toya-See ist bekannt für Naturschutzgebiete und ursprüngliche Wälder. Die jeweiligen Fachminister/innentreffen finden an städtischen Tagungsorten statt. Die Finanzminister sollen sich in Osaka, die Außenminister in Kyoto und die Umweltminister in Kobe treffen. Justiz- und Innenminister tagen in Tokio, die Arbeitsminister in Niigata. (jg)

Quelle: Mainichi Daily News 19.05.07

■

## Ein „New Deal“ für Umwelt und Wirtschaft in der EU?

### EEB/DNR-Konferenz zu Umwelt, Innovation und Beschäftigung in Berlin

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) haben anlässlich einer gemeinsamen Konferenz zu Umwelt, Innovation und Beschäftigung am 14. Mai die Initiative zu „ökologischer Industriepolitik“ von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel bewertet. Auf der Konferenz diskutierten 120 Teilnehmer/innen der Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften, aus Politik und Wissenschaft sowie Industrievertreter aus der EU und Deutschland über Maßnahmen, wie sowohl Innovation und Beschäftigung als auch der Umweltschutz in Europa vorangebracht werden können.

### Umweltverbände: Bisherige Vorschläge zu schwach

„Wir teilen viele Ideen und Bedenken von Sigmar Gabriel, die er in seiner Initiative für ökologische Industriepolitik vorgelegt hat“, sagte Dr. Mikael Karlsson, Präsident des Europäischen Umweltbüros. Die politischen Vorschläge, die bis jetzt vorlägen, seien jedoch zu schwach. „Innovation, Beschäftigung und Umweltschutz müssen den wahren Preis für Ressourcen- und Umweltverbrauch ausdrücken.“ Um die Vorschläge Realität werden zu lassen, müssten auf der politischen Ebene konkrete Taten folgen, forderte Karlsson. Es werde eine starke institutionelle Unterstützung benötigt - sowohl in Form durchsetzungsstarker EU-Beschlüsse zum „Grünbuch zu marktbasierter Instrumenten für den Umweltschutz“ als auch in Form von Unterstützung durch die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister.

### Ein Prüfstein für die Zukunft: umweltfreundliche Pkw-Kühlanlagen

Es reiche jedoch nicht aus, nur auf europäischer Ebene schöne Reden zu schwingen, kritisierte Jürgen Resch, Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings. „Die Kluft zwischen Worten und Taten muss auch auf nationaler Ebene durch finanzielle Anreize, strenge ökologische Standards und klare Vorschriften überwunden werden. Sonntagsreden reichen nicht, wenn in der Woche der Wille zum Handeln fehlt.“ Ein Prüfstein für die Zukunft ist Resch zufolge, ob es gelingt, bis 2011 die derzeit gebräuchlichen Klimakiller-Pkw-Kühlanlagen durch umweltfreundliche CO<sub>2</sub>-Kühlgeräte zu ersetzen.

## Ökologische Industriepolitik - heiße Luft oder enkeltaugliches Konzept?

Der Deutsche Naturschutzring hat außerdem eine Studie erarbeiten lassen, die die Initiative für „ökologische Industriepolitik“ kritisch bewertet und den *acquis communautaire* - also die Gesamtheit der europäischen Rechtsakte - auf erfolgversprechende Ansatzpunkte durchleuchtet. Der Autor der Studie Dr. Martin Rocholl verweist auf eine Reihe von Politikfeldern, in der der Einsatz der EU und der Bundesregierung gefragt wären, darunter eine ehrgeizige Energiepolitik, Ressourceneffizienz, CO<sub>2</sub>-Grenzwerte, eine ökologische Steuerreform und die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Studie „Ökologische Industriepolitik - die Herausforderung in Europa“:  
[www.eu-koordination.de/PDF/Rocholl\\_OekologischerIndustriepolitik.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Rocholl_OekologischerIndustriepolitik.pdf)

Informationen zur Konferenz:  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Über uns“, „Veranstaltungen“)

Europäisches Umweltbüro (EEB), Regina Schneider, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
 Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
 eMail: [info@eeb.org](mailto:info@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Deutscher Naturschutzring (DNR), EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
 Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
 eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Marktwirtschaftliche Instrumente: Konsultation

### EU-Kommission bittet um Kommentare zum Grünbuch bis 31. Juli

► Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente in Umwelt- und Energiepolitik gestartet. Ein im Mai veröffentlichtes Grünbuch über marktwirtschaftliche Instrumente für die Umwelt umreißt die Ambitionen der Kommission auf EU- und nationaler Ebene, mehr Steuern, Handel und zielorientierte Fördermittel einzusetzen, um umweltpolitische Ziele zu erreichen.

Das Grünbuch sondiert die Möglichkeiten einer intensiveren Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente und die möglichen Wege zur Überprüfung

- der Energiesteuerrichtlinie in Zusammenhang mit ihrer angekündigten Revision,
- der Wasserpreisermittlung,
- des „Habitatbankwesens“ zum Schutz der Biodiversität,
- der nachhaltigen Abfallwirtschaft,
- des Emissionshandels zur Reduzierung von lokalen Luftverschmutzungen,
- möglicher Instrumente zur Reduzierung von Umweltauswirkungen des Verkehrs,
- der Erfahrungen mit Umweltsteuerformen in den verschiedenen Mitgliedstaaten.

Mit der Konsultation will die Kommission eine Debatte über die Zukunft marktwirtschaftlicher Instrumente in diesen Themenbereichen anstoßen. Die Konsultation läuft bis zum 31. Juli. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Konsultation zur Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umwelt- und Energiepolitik:  
[www.ec.europa.eu/environment/enveco/green\\_paper.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/enveco/green_paper.htm)

## Kritik an schwacher Strategie zu natürlichen Ressourcen

### Europäisches Parlament fordert Umdenken bei der EU-Kommission

Die Europa-Parlamentarier/innen (MdEP) haben Ende April die EU-Kommission aufgefordert, die thematische Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen komplett zu überdenken. In einer am 18. April angenommenen Entschließung wirft das Europäische Parlament der Kommission vor die Angelegenheit nicht ernst zu nehmen.

Die Entschließung ist die nicht rechtlich bindende Antwort des Parlaments auf die thematische Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, die im Dezember 2005 von der EU-Kommission verabschiedet worden war (EUR Sonderheft 02.05). In dem Papier kritisiert das Parlament die Kommission wegen des „Fehlens einer klaren Vision“, wie dieser Bereich behandelt werden soll.

### Kritik an fehlenden Zielen und Vorgaben

Die stärkste Kritik der MdEP bezieht sich auf das Fehlen von Zielen und Vorgaben in der Strategie. Das Argument der Kommission, dass zuvor eine bessere Datengrundlage nötig sei, sei nach Ansicht der Parlamentarier/innen keine „Entschuldigung dafür, notwendige Maßnahmen herauszuzögern“. Als Ergebnis unterstützt das Parlament einen Aufruf des Umweltausschusses von Ende Februar, die Nutzung der natürlichen Ressourcen in der EU bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse eine jährliche Verbesserung der Ressourceneffizienz von nahezu sechs Prozent erreicht werden, so die Parlamentarier/innen. EU-weite Ziele für Abfallvermeidung, der Wiederverwendung und Recycling müssen „auch eine fundamentale Rolle“ spielen“, fordern die Abgeordneten.

### Separate Ziele für einzelne Ressourcen gefordert

Neben einem allgemeinen Ressourcen-Ziel fordert das Parlament ein separates Reduzierungsziel der Ressourcennutzung für Agrarprodukte, das Wohnungswesen und den Verkehrssektor. Die Parlamentarier/innen fordern von der Kommission, bis 2008 Politiken für die 20 Rohstoffe mit den größten negativen Auswirkungen zu entwickeln, sowie die Ausweitung der EU-Energiekennzeichnung für alle Energie

verbrauchenden Produktgruppen bis zum Jahr 2010. Die starke Fraktion der Konservativen (EVP) setzte erfolgreich die Streichung einer Anzahl weiterer Passagen der Resolution durch, darunter ein Paragraph, der den Langstreckentransport von Nahrungsmitteln, Chemikalien und Einzelhandelsartikeln als „nicht wünschenswert“ bezeichnete, sowie einen Aufruf an die Mitgliedstaaten, die Steuerlast von Arbeit hin zu Kapital und „Umweltauswirkungen“ zu verschieben. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Webseite der EU-Kommission zur Thematischen Strategie für die nachhaltige Nutzung von Ressourcen:  
[www.ec.europa.eu/environment/natres](http://www.ec.europa.eu/environment/natres)

Quelle: ENDS Europe Daily, 25.04.07

## Barroso-Riege umweltpolitisch wenig erfolgreich

### Umweltverbände legen Halbzeitbilanz für die Arbeit der EU-Kommission vor

Noch vor der Bilanz der von José Manuel Barroso geführten EU-Kommission (2004-2009) haben die als „Green 10“ zusammengesetzten großen europäischen Umweltverbände<sup>1</sup> ihren Rückblick auf die Leistungen der letzten zweieinhalb Jahre vorgelegt. 16 Politikbereiche wurden überprüft und 0-10 Punkte für die Leistung verteilt. Fazit: Die Kommission zeigte mit durchschnittlich 4,3 Punkten eher schlechte umweltpolitische Leistungen.

Die Barroso-Kommission habe einseitig auf Arbeitsplätze und Wachstum gesetzt, ohne Ressourcen- und Energieeffizienz ernsthaft mit einzubeziehen. Besonders schlecht hat die Kommission bei Gentechnik, Wald- und Meeresschutz abgeschnitten - wegen nicht abgestimmter, „absolut ungenügender“ Politikmaßnahmen. Die meisten Punkte (7 von 10) erreichte die Kommission im Bereich Klimawandel - da sei in den letzten Monaten viel passiert. Neben der Bewertung der einzelnen Politikbereiche wurden auch Forderungen aufgestellt, was aus Sicht der „Green 10“ in der zweiten Amtsperiode noch zu tun ist.

Die einzelnen Themenfelder mit Punktzahl:

- Klimawandel:	7
- Landwirtschaft, Energie:	6
- Biodiversität, Verkehr, Lissabon-Prozess, Entwicklung, Umwelt und Gesundheit:	5
- Kohäsionspolitik, Sechstes Umweltaktionsprogramm:	4
- Chemikalien, Natürliche Ressourcen und Abfall, Nachhaltige Entwicklung, Handelspolitik:	3
- Gentechnik, Meeresschutz, Wälder:	2

(jg) ■

### • Weitere Informationen

„Green 10“ Pressemitteilung  
 27.04.2007:  
[www.green10.typepad.com/docs/2007\\_04\\_27\\_g10\\_mid\\_term\\_review\\_en.pdf](http://www.green10.typepad.com/docs/2007_04_27_g10_mid_term_review_en.pdf)

<sup>1</sup> BirdLife International, CEE Bankwatch Network, Climate Action Network Europe, Europäisches Umweltbüro (EEB), Friends of the Earth Europe, Greenpeace, Health and Environment Alliance, Naturfreunde Internationale, Transport and Environment (T&E), WWF

## Halbzeitbilanz des 6. Umweltaktionsprogramms

### **Umweltverbände kritisieren: Umsetzung nicht auf Kurs**

Die EU-Kommission hat eine positive Halbzeitbilanz des sechsten Umweltaktionsprogramms (6. UAP) gezogen. Die EU sei „weitgehend auf Linie“ mit der Umsetzung des Programms, heißt es in einer Veröffentlichung von Anfang Mai. Das Europäische Umweltbüro (EEB) sieht die EU hingegen in den meisten Politikfeldern nicht auf einem nachhaltigen Weg. Lediglich die europäische Klimapolitik könne den Ansprüchen des 6. UAP genügen, in anderen Bereichen wie der Ressourcen- oder Abfallpolitik sei sie weit davon entfernt. Vor allem die thematischen Strategien, eines der zentralen Instrumente des 6. UAP, seien viel zu schwach, kritisiert Generalsekretär des EEB John Hontelez.

Das 6. UAP wurde im Jahr 2002 verabschiedet und soll den Rahmen für die Umweltpolitik der Europäischen Union bis 2012 setzen. Es legt vier vorrangige Aktionsbereiche fest, zu denen sich die Kommission in ihrer Bilanz differenziert äußert. Dabei verweist sie auch auf zukünftige Planungen:

#### **1. Klimawandel**

In der Klimapolitik, in der die EU sich ein Reduktionsziel für Treibhausgase von 20 Prozent bis 2020 gesetzt hat, plant die Kommission im Jahr 2007 weitere Initiativen vorzulegen. So will sie die Diskussion über die konkrete Ausgestaltung des Emissionshandelssystems in der Zeit nach 2013 starten, ein Grünbuch über Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zur Diskussion stellen, eine Mitteilung über eine Strategie für globale Energieeffizienz und einen Fonds für erneuerbare Energien sowie eine Mitteilung über Wasserknappheit und Dürren vorlegen.

#### **2. Natur und Biodiversität**

Im Bereich Natur und Biodiversität setzt das 6. UAP das Ziel, bis zum Jahr 2010 den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Im Jahr 2006 hat die Kommission eine Biodiversitätsstrategie veröffentlicht. In den nächsten Monaten will sie weitere Maßnahmen zu Meeres- und Waldschutz, zu Walfang sowie im Rahmen der internationalen Umweltabkommen der Biodiversitätskonvention (CBD) und der Artenschutzkonvention (CITES) ergreifen.

#### **3. Gesundheit und Lebensqualität**

Zum Thema Umwelt und Gesundheit hebt die Kommission die Verabschiedung der Chemikalienverordnung REACH im Jahr 2006 hervor. In den kommenden Jahren will sie vor allem Fragen der Luftqualität, Emissionsstandards für Pkw und Lkw sowie eine Begrenzung industrieller Emissionen und des Gebrauchs von Quecksilber angehen.

#### **4. Natürliche Ressourcen und Abfall**

Langfristiges Ziel der EU ist es, den Ressourcenverbrauch vom wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln. Zentrales Mittel hierfür ist die Steigerung der Ressourceneffizienz. Dafür will die Kommission vor allem die Umsetzung der thematischen Strategie Ressourceneffizienz voranbringen. Außerdem plant sie, ein Grünbuch zu nachhaltiger Produktion und Konsumption sowie Ziele und Aktionspläne für das öffentliche Beschaffungswesen und die industrielle Produktion zu veröffentlichen. Im Abfallbereich soll ein Grünbuch über die Verschrottung ausgedienter Schiffe zur Diskussion gestellt und die Verordnung zur Verbringung von Abfällen überarbeitet werden. (ms) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Pressemitteilung der Europäischen Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference MEMO/07/162)

Europäisches Umweltbüro (EEB), Regina Schneider, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: [info@eeb.org](mailto:info@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

Kritik des EEB:  
[www.eeb.org/press/030507\\_6EAP\\_Press\\_Release.html](http://www.eeb.org/press/030507_6EAP_Press_Release.html)

## EU-Kommission gibt Gelder für deutsche Regionen frei

### **Struktur- und Kohäsionsfonds: Deutscher Rahmenplan ist akzeptiert**

Die EU-Kommission hat Anfang Mai den deutschen Rahmenplan für die Struktur- und Kohäsionsfonds für die Jahre 2007-2013 akzeptiert. Die zuständigen EU-Kommissare Danuta Hübner (Regionalpolitik) und Vladimír Špidla (Beschäftigung) befanden die Schwerpunkte des Nationalen Strategischen Rahmenplans (NSRP) für 2007-2013 für gut. Den Regionen in Deutschland stehen damit 25,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

### **Die Schwerpunkte des deutschen NSRP sind:**

- Innovation, Aufbau der Wissensgesellschaft und Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit;
- Verbesserung der Attraktivität der Regionen für Investoren und Bewohner durch eine nachhaltige regionale Entwicklung;
- Mehr und bessere Arbeitsplätze;
- Weiterentwicklung der Regionen zur Förderung von Chancen und zur Verringerung von Unterschieden.

### **Umweltverbände: Nachhaltigkeit bleibt Stiefkind**

Umweltverbände kritisieren bereits seit langem die mangelnde Integration von Nachhaltigkeitsbelangen in die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU. Ein wesentlicher Teil der Gelder fließen in umstrittene Großprojekte und verursachen massiven Schaden an der Umwelt. Besonders dramatisch sei die Situation in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. (ms) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Pressemitteilung der EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference IP/07/637)

Liste der berechtigten Regionen in Deutschland:  
[www.ec.europa.eu/regional\\_policy/atlas2007/fiche/de\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/fiche/de_en.pdf)

Position von Umwelt- und Regionalpolitischen Verbänden  
[www.bankwatch.org/billions](http://www.bankwatch.org/billions)  
[www.wwf.de/unsere-themen/politik/eu-strukturfonds](http://www.wwf.de/unsere-themen/politik/eu-strukturfonds)

## EU-Kommission legt Budget für 2008 vor

### Mehr Geld für Wachstum und Beschäftigung, aber auch Umwelt

Die EU-Kommission will zukünftig mehr Geld für Wachstum und Beschäftigung als für Landwirtschaft und Ressourcen ausgeben. So fasst die zuständige Kommissarin Dalia Grybauskaite den ersten Entwurf für das Haushaltsjahr 2008 zusammen. Den leichten Rückgang der Mittel für die europäische Agrarreform wollte Grybauskaite als grundlegenden Wandel in der Haushaltspolitik der EU verstanden wissen.

#### 1. Forschung und Bildung profitieren

Insgesamt fielen das Budget, sollten EU-Minister und Parlament die Vorschläge der Kommission annehmen, etwa zwei Prozent höher aus als der Haushalt 2007. Danach läge der Gesamtumfang bei 129 Mrd. Euro. Mehr Geld soll der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung zukommen (+ 4 %). Davon profitieren vor allem die Bereiche Forschung, Kohäsionsfonds und Bildung.

#### 2. Spitzenreiter Sicherheit

Aber auch das Budget für Umwelt und die Nutzung natürlicher Ressourcen kann steigende Zahlen aufzuweisen. So soll das Finanzierungsprogramm LIFE+ um 11 Prozent steigen. Am stärksten wachsen sollen allerdings die Ausgaben für „Freiheit, Sicherheit und Recht“ (+11 %), die dann bei 691 Mio. Euro liegen würden. Darunter fällt auch der Posten „Steuerung der Migrationsströme“ mit einer Steigerung von 24 Prozent (auf etwa 390 Mio. Euro). (ms) ■

#### • Weitere Informationen

[www.ec.europa.eu/budget/documents/annual\\_budgets\\_reporats\\_accounts\\_de.htm#budget\\_2008](http://www.ec.europa.eu/budget/documents/annual_budgets_reporats_accounts_de.htm#budget_2008)

## Mangelhafte Umsetzung der Umwelthaftungsrichtlinie

### Nur drei EU-Mitgliedstaaten halten Frist ein - rechtliche Schritte drohen

Nur drei Mitgliedstaaten der EU haben nach Ablauf der Umsetzungsfrist am 30. April die Umwelthaftungsrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Die EU-Kommission denkt daher über rechtliche Schritte gegen die übrigen EU-Staaten nach. Bisher wurde die Umwelthaftungsrichtlinie erst in Italien, Litauen und Lettland im nationalen Recht verankert.

#### Anhaltende Kritik

Schon während des Gesetzgebungsprozesses ▼ wurde die Richtlinie durch den starken Widerstand der Industrie und vieler Staaten stark abgeschwächt, doch noch immer kritisieren viele Regierungen rechtliche Unsicherheiten und negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit durch die Richtlinie. Umweltverbände hingegen kritisieren die Richtlinie als viel zu schwach.

Die bereits 2004 verabschiedete Richtlinie basiert auf dem im EG-Vertrag festgelegten Verursacherprinzip und soll helfen, Umweltschäden zu vermeiden und Fragen nach Verantwortlichkeiten und Kosten zu klären, wenn Unternehmen Schäden an Böden, Gewässern, Arten und natürlichen Lebensräumen verursachen. (tf) ■

#### • Weitere Informationen

EU-Kommission zur Umwelthaftung (englisch): [www.ec.europa.eu/environment/liability](http://www.ec.europa.eu/environment/liability)

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) e.V., Bereich Umweltrecht, Michael Zschiesche, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 428-49935, Fax -00485  
eMail: [recht@ufu.de](mailto:recht@ufu.de)  
[www.ufu.de/umweltrecht](http://www.ufu.de/umweltrecht)

Quelle: Ends Europe Daily 30.04.07

## Newsticker

### Finnland: Neue Umweltministerin und konservativ-grünes Umweltprogramm

Mitte April hat die neue finnische Regierung ihre Umweltministerin benannt: Paula Lehtomäki, die frühere Handels- und Entwicklungsministerin. Das neue Regierungsprogramm des konservativen Bündnisses, das auch mit der grünen Partei koalitiert, enthält auch einige Vorschläge für die Umweltpolitik. So gibt es Pläne für Energie- und Umweltsteuern und Pläne für eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und der Abfallpolitik. Das Regierungsprogramm will den Anteil Erneuerbarer Energien auf 25 % erhöhen, Wasserkraft und Biomasse sollen gefördert werden. Der Vorschlag der Grünen, Windenergie zu subventionieren, ist dagegen nicht aufgenommen worden. (jg) Quelle: ENDS Europe Daily 17.04.07

### Umfrage: Deutsche wollen Volksabstimmung über Verfassung

Eine breite Mehrheit der Deutschen spricht sich für eine europaweite Volksbefragung über die EU-Verfassung aus. Das hat eine repräsentative Umfrage von EMNID Ende April ergeben. Danach sind 75 Prozent der Befragten dafür, dass Europas Bürgerinnen und Bürger über die zukünftige Verfassung abstimmen. (jg)  
Quellen: [www.europeanreferendum.eu](http://www.europeanreferendum.eu)  
[www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

### EU-Bericht über Öko-Innovationen

Anfang Mai hat die EU-Kommission einen Bericht über Trends und Entwicklungen bei umweltfreundlichen Innovationen veröffentlicht. Darin wird hervorgehoben, dass europäische Unternehmen auf verschiedenen Umweltschutzmärkten führend sind und das derzeitige Umweltrecht auf diesen Märkten innovationsfördernd wirkt. Auf der Grundlage des EU-Aktionsplans für Umwelttechnologie (ETAP) wird vorgeschlagen, sich auf eine Reihe von Maßnahmen und Aktionen zu konzentrieren, die die Nachfrage nach Umwelttechnologien und Öko-Innovationen steigern. Derzeit machten Öko-Innovationen 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts der EU aus und sorgten für rund 3,5 Mio. Arbeitsplätze. Anstrengungen einzelner Unternehmen würden allerdings nicht ausreichen, Öko-Innovationen müssten auf alle Industriezweige ausgedehnt werden. (jg)  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (IP/07/602)

## Umweltrat: Einigung über Abfallrahmenrichtlinie im Juni

### Minister streiten über Definition von „Verwertung“ und „Beseitigung“

Die europäischen Regierungen wollen beim nächsten EU-Umweltministerrat am 28. Juni eine Einigung in erster Lesung ▼ über die EU-Abfallrahmenrichtlinie erreichen, meldet der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily. Zwar seien noch einige Fragen offen, aber bis Ende Juni sollen diese geklärt sein. Strittig seien rechtliche Definitionen zur Unterscheidung von Abfallverwertung und Abfallbeseitigungsmethoden. Verschiedene EU-Mitgliedstaaten befürchteten von deutschen Müllexporten überschwemmt zu werden, wenn ihre Abfallverbrennungsanlagen mit Energie-rückgewinnung als Verwertung klassifiziert würden, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen.

### Kompromiss behält Effizienz als Kriterium für „Wiederverwertung“ bei

In ihrer Rolle als amtierende EU-Ratspräsidentin hat die deutsche Regierung laut ENDS einen Kompromiss vorgeschlagen, der den Staaten erlauben soll, den Import von Siedlungsabfällen zu verbieten, falls dadurch die ordnungsgemäße Behandlung von Haushaltsabfällen gestört würde. Eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Effizienzkalkulation als Basis zur Klassifikation von Abfallverbrennung als „Wiederverwertung“ würde dann unverändert bleiben.

### Unklar bleibt: Was ist Wiederverwertung?

Ebenso ungelöst sei das Problem der Definition von Wiederverwertung an sich. Das Europäische Parlament hatte eine Definition vorgeschlagen, die auf der möglichen Ersetzung von Ressourcen durch wiederverwertete Abfälle basierte. Aber einige Mitgliedstaaten fürchteten, dass diese Definition zu breit angelegt wäre und einige problematische Beseitigungsverfahren wie die Auffüllung alter Salzminen mit Abfällen zur „Wiederverwertung“ machen könnten.

### Nebenprodukte: führen Vorschläge zu neuen Rechtsunsicherheiten?

Das Parlament hatte ENDS zufolge außerdem darauf bestanden, im Gesetz ausdrücklich zu erwähnen, ab wann industrielle Nebenprodukte von EU-Abfallregelungen ausgenommen werden können. Deutschland habe - basierend auf von der EU-Kommission vor kurzem vorgelegten

Leitlinien - neue Bestimmungen vorgeschlagen. Allerdings seien die Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit uneinig. Die Gegner der Vorschläge meinten, diese könnten neue Rechtsunsicherheiten erzeugen und damit zu neuen Prozessen vor dem Europäischen Gerichtshof führen.

### Einigkeit bei Altöl und fallbezogenen Entscheidungen bei „Ex-Abfällen“

Verschiedene Unklarheiten sind aber nach Information von ENDS inzwischen beseitigt worden. Die Mitgliedstaaten hätten eine klare fünfstufige Abfallhierarchie befürwortet, allerdings den Lebenszyklus-Ansatz als „sehr viel pragmatischer“ im Vergleich zum Ansatz des Parlaments bezeichnet. Der Umweltminister wird voraussichtlich auch ein Ende der EU-weit gültigen Verpflichtung zum Recycling von Altöl unterstützen. Allerdings sollen Regierungen die Verbringung von Altölen in andere Länder zwecks Verbrennung stoppen können. Darüber hinaus unterstützt der Rat voraussichtlich einen Kompromissvorschlag, der die EU-Kommission in die Lage versetzt, innerhalb des Komitologieverfahrens<sup>1</sup> von Fall zu Fall zu entscheiden, ab wann Abfall kein Abfall mehr ist („end-of-waste“ - „Ex-Abfall-Produkte“). (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily 23.04.07

## EU-Parlament fordert mehr Mitsprache im Abfallrecht

### Umweltausschuss: EU-Kommission soll neues Komitologieverfahren nutzen

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat in seiner Sitzung im Mai eine Änderung bei der Altbatterierichtlinie gefordert. Die Parlamentarier/innen fordern innerhalb des Komitologieverfahrens zum Altbatterierecycling außerhalb der EU ein Vetorecht. Nach dem Komitologieverfahren entscheiden die EU-Kommission und ein Ausschuss von Expert/innen aus den Mitgliedstaaten über die eher technischen Umsetzungsdetails. Bis zu einer Regelungsänderung beim Komitologieverfahren im letzten Jahr hatte das Parlament wenig Mitspracherecht, dann wurde in bestimmten Fällen ein Vetorecht eingeführt. Die EU-Kommission prüft zur Zeit von 25 besonders wichtige Gesetze daraufhin, ob das neue Verfahren dort Anwendung finden soll. Elf der Gesetze sind im Umweltrecht angesiedelt, weshalb der Umweltausschuss darüber debattiert.

### Testfall Altbatterie-Recycling

Bei der Batterierichtlinie soll das Verfahren einer genaueren Überprüfung angewandt werden, um zu kontrollieren, ob Mitgliedstaaten, die ihre Altbatterien zum Recycling in Nicht-EU-Länder exportieren wollen, beweisen können, dass diese dort unter den gleichen Bedingungen recycelt werden wie die EU-Regeln festschreiben. Die EU-Kommission will dem Parlament in diesem Fall die erweiterten Mitsprachemöglichkeiten nicht zugestehen.

Ähnlich uneinig ist man sich bei der Festsetzung von Öko-Design-Kriterien nach der Richtlinie für Energie verbrauchende Produkte sowie bei der Genehmigung von gentechnisch veränderten Organismen.

In seiner Sitzung im Mai nahm der Umweltausschuss kleinere Änderungen im Komitologieverfahren bei der EU-Wasser-rahmenrichtlinie, bei der Altauto-Richtlinie, der Elektroschrott-Richtlinie und der Richtlinie über gefährliche Stoffe in Elektrogeräten an. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Umweltausschuss - Sitzungsprotokoll: [www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/organes/envi/envi\\_20070507\\_1500.htm](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/organes/envi/envi_20070507_1500.htm)  
Quelle: ENDS Europe Daily 09.05.07

<sup>1</sup> Komitologieverfahren: „Ausschusswesen“, System der Verwaltungs- und Expertenausschüsse in der EU (siehe EUR Sonderheft 11/12.06, S. 7).

## Altauto-Richtlinie wird nur schleppend umgesetzt

### EU-Kommission soll Mitgliedstaaten zum Handeln bringen

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat die EU-Kommission aufgefordert, gegen das „weit verbreitete Versagen“ der Mitgliedstaaten bei der Altauto-Richtlinie vorzugehen. In einer neuen Studie<sup>1</sup> waren in vielen EU-Staaten „deutliche Schwierigkeiten“ festgestellt worden, die Recyclingregelungen für Altautos einzuhalten. Die Altautorichtlinie aus dem Jahr 2000 führte Recycling- und Verwertungsziele ein und legt fest, dass Hersteller die Kosten für die Rücknahme älterer Autos tragen müssen.

Der britische Liberale Chris Davies sagte mit Bezug auf die Studie, dass das Gesetz „gut in der Theorie“, aber „ziemlich hoffnungslos“ in der Umsetzung sei. Dem widersprach ein Kommissionssprecher, der neben den auftretenden Problemen auch Fortschritte bei der Umsetzung der Richtlinie sah. Die gesetzlich vorgesehen Überprüfung der Richtlinie steht 2009 an. Davies forderte eine frühere Reaktion auf die aufgezeigten Mängel, damit die Mitgliedstaaten ihre Pflichten erfüllen.

### Illegale Exporte, unlizenzierter Recycling und wilde Entsorgung

In der Studie wurde untersucht, welche Staaten die Richtlinie bereits umgesetzt haben (z. B. Schweden und die Niederlande) und wo Probleme auftauchten. Das Gesetzeswerk sei „sehr komplex“. Das führe zu verwirrenden Verwaltungsanforderungen, die wiederum zu „Schlupflöchern“. Darüber hinaus gebe es in vielen Ländern Konflikte um die Übernahme der steigenden Kosten. Das verschlimmere Probleme wie illegale Exporte in Drittstaaten, Recycling ohne Lizenz oder unsachgemäßes Entsorgen am Straßenrand. Die Recyclingziele werden laut Studie in vielen Staaten wohl nicht erreicht. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily 08.05.07

## Unzufriedenheit über Öko-Label für Wärmepumpen

### Euroblume-Vergabe stößt auf Kritik bei Umweltverbänden

Die EU-Kommission hat Ende April die ersten Umweltkriterien für die Vergabe des EU-Umweltzeichens „Euroblume“ für Wärmepumpen vergeben. Die Kriterien beziehen sich auf elektrische und gasbetriebene Pumpen mit einer Höchstleistung von 100 Kilowatt. Je nachdem, ob die Wärmepumpen zur Wärmeerzeugung oder für Kühlung eingesetzt werden, müssen Hersteller, um das Label zu bekommen, unterschiedlichen Energieeffizianz Anforderungen genügen.

### Sogar umstrittenes Flammschutzmittel deca-BDE gilt als „Öko“

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Umwelt- und Gesundheitsorganisation HEAL reagierten bestürzt auf die Annahme der „verwirrenden Kriterien“. Die durchaus enthaltenen positiven Ansätze wie die Begrenzung des Treibhauseffektes oder Energieeffizienz seien durch die Entscheidung, das umstrittene Flammschutzmittel deca-BDE (zehnfach bromierter Diphenylether) in Wärmepumpen zuzulassen, zunichte gemacht worden. Deca-BDE - für das in anderen EU-Gesetzen Ausnahmen gelten - ist bereits zu einem Fall für den Europäischen Gerichtshof geworden. EEB und HEAL wiesen darauf hin, dass zahlreiche große Hersteller von Elektroprodukten diese Substanz inzwischen nicht mehr verwendeten und der Stoff im US-Staat Washington verboten sei. Der unverminderte Druck der Generaldirektion Unternehmen der EU-Kommission, deca-BDE weiter zuzulassen, untergrabe die Rolle des Umweltzeichens als Motor für umweltfreundliche Innovationen und Entscheidungskriterium für ökologische Kaufentscheidungen, kritisierten die Verbände. „Was ist der Sinn eines Öko-Labels, das keine anspruchsvolleren Ziele hat als die Einhaltung von Gesetzen?“, so Blanca Morales vom EEB. Deca-BDE lagert sich in der Nahrungskette an und gilt als potenzielles Nervengift. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Blanca Morales, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891303  
eMail: ecolabel@eeb.org  
www.eeb.org (Presse, 26.04.07)

## Newsticker

### Spielzeug aus China führt EU-Liste über gefährliche Konsumgüter an

Am 19. April hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht über gefährliche Konsumgüter, von denen eine Gefahr für Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher/innen ausgeht, vorgelegt. Grundlage ist das gemeinschaftliche Schnellwarnsystem RAPEX (Community Rapid Information System). 24 Prozent aller Fälle betrafen Spielzeug (davon fast die Hälfte aus China), danach folgten Elektrogeräte (19 %), Beleuchtung (11 %) und Kosmetikartikel (5 %). Neben China wurden insbesondere Produkte aus Deutschland, Italien, den USA, Großbritannien, Japan und Frankreich als gefährlich eingestuft. Wenn ein Produkt als gefährlich eingestuft worden ist, werden unverzüglich sämtliche Aufsichtsbehörden in 30 Ländern Europas informiert, sodass der Verkauf untersagt werden kann. Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich verstärkt an RAPEX zu beteiligen. (jg)

Quelle: [www.ngo-online.de/ganze\\_nachricht.php?Nr=15792](http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=15792)

### Verpackungsgrößen bald frei bestimmbar durch Hersteller

Das Europäische Parlament hat Mitte Mai in zweiter Lesung ▼ die Richtlinie „zur Festlegung von Nennfüllmengen für Erzeugnisse in Fertigpackungen“ verabschiedet. Damit können Produkte bald in jeder Gramm-, Milliliter-, Stückzahl oder sonstiger Maßeinheit verkauft werden. Die Mitgliedstaaten dürfen verbindliche Verpackungsgrößen für Milch, Teigwaren, Butter und Kaffee für weitere fünf Jahre anwenden (Weißzucker sechs Jahre). Die Verpackungen sollen aber besser gekennzeichnet werden, damit klar ist, wie viel von einem Produkt jeweils enthalten ist. Verbraucher/innen müssen also in Zukunft häufiger nachrechnen. (jg)

Quelle: EU-Parlament 10.05.07

### Portugal beschließt Ziele für „grüne öffentliche Beschaffung“

Bis 2010 soll zumindest die Hälfte aller Anschaffungen im öffentlichen Sektor in Portugal nach ökologischen Kriterien erfolgen. Das hat Portugals Regierung Anfang Mai beschlossen und zur Durchsetzung dieses Zieles eine nationale Behörde eingesetzt. Portugal setzt damit die integrierte Produktpolitik der EU um. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 08.05.07

<sup>1</sup> Studie des britischen Instituts für Europäische Umweltpolitik (PDF, 69 S., 1,1 MB): [www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/externalexpertise/end\\_of\\_life\\_vehicles.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/externalexpertise/end_of_life_vehicles.pdf)

## Neue Ökolandbauverordnung weiter umstritten

### Ökobauern: Gentechnik in Biokost durch die Hintertür?

Bevor der EU-Agrarministerrat voraussichtlich im Juni die novellierte EU-Öko-Verordnung verabschiedet, mehren sich die kritischen Stimmen, die eine Aufweichung der Gentechnikfreiheit von Bionahrung befürchten. Neben dem Disput um den Schwellenwert von 0,9 Prozent für die „zufällige und technisch unvermeidbare Kontamination“ auch von Bio-Lebensmitteln gibt es einen weiteren Streitpunkt. Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und von Erzeugerverbänden wollen die EU-Agrarminister zulassen, dass zur Herstellung von Ökoprodukten Zusatzstoffe verwendet werden dürfen, die gentechnisch veränderte Organismen (GVO) enthalten. Damit könnte z. B. über Vitamine wie Ascorbinsäure Gentechnik in Biokost Einzug halten.

Die AbL und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) forderten den Agrarministerrat auf, den Passus zu streichen. An das Europäische Parlament appellierten die Verbände, sich weiter der Aufnahme der Ausnahmeregelung für Zusatzstoffe aus GVO in die Ökoverordnung zu widersetzen. Bundesagrarminister Horst Seehofer hatte sich gegen die Ausnahmeregel ausgesprochen.

### Verbände uneins über Schwellenwert für gentechnische Verunreinigung

Bei der Frage des Schwellenwerts, bis zu dem es keine Kennzeichnungspflicht geben soll, sind sich EU-Institutionen sowie Umwelt- und Erzeugerverbände uneins: Die EU-Kommission schlägt einen Schwellenwert von 0,9 Prozent gentechnisch veränderter Bestandteile vor. So viel Gentechnik könnte dann auch in Bioprodukten enthalten sein, ohne dass Verbraucher/innen über Verpackungsinformationen davon erfahren. Bioland, BÖLW und AbL unterstützen diese Marge und begründen ihre Haltung mit ökonomischen Zwängen. Das EU-Recht sieht keine Verursacherhaftung für Kontaminationsfälle unterhalb der 0,9-Prozent-Grenze vor. Die Kosten für Laboranalysen blieben an den Biobauern hängen, die selbst ja gar keine Gentechnik einsetzen. Das EU-Parlament, der Umweltverband der BUND und die Verbraucherorganisation Foodwatch hingegen bestehen auf der so genannten techni-

schen Nachweisgrenze von 0,1 Prozent als oberstem Schwellenwert. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381 / 9053170, Fax /492221  
eMail: info@abl-ev.de  
www.abl-ev.de

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,  
eMail: info@boelw.de  
www.boelw.de

## Deutschland stoppt Monsanto-Genmais

### Bundesamt verbietet Verkauf von MON-810-Saatgut

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat im Mai den Verkauf des genveränderten Mais-Saatguts der Linie MON 810 von Monsanto verboten, solange der Konzern keinen umfassenderen Plan zur Beobachtung der Umweltauswirkungen vorlegt. Begründet wird das Verkaufsverbot mit neuen Informationen über mögliche Risiken. In diesem Jahr wurde allerdings bereits ausgesät.

### Genmais soll umgepflügt werden

Deshalb fordern u. a. der Erzeugerverband Bioland und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), dass der bereits ausgesäte Mais umgepflügt oder die Pollen in der Blüte unschädlich gemacht werden. Grundlage für die Forderung ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg, das Anfang Mai in einem Eilentscheid das Land Bayern dazu verpflichtete, Honig vor Pollen des genmanipulierten MON 810 zu schützen. Das Gericht billigte dem klagenden Imker einen weitgehenden Anspruch auf Schutz seiner gentechnikfreien Wirtschaftsweise zu.

In Brandenburg sind bereits Anordnungen zum Unterpflügen erlassen wurden, darunter auch im Kreis Märkisch-Oderland. Der Kreis und das Land sind jeweils Spitzenreiter beim MON-810-Anbau in Deutschland. Bioland forderte außerdem das BVL auf, die Umsetzung des vom Gentechnikkonzern Monsanto zugesagten Monitorings zu forcieren. Der Verband wies darauf hin, dass in anderen EU-Staaten wie Österreich oder Ungarn aufgrund der vermuteten Gefahr für die Umwelt der Anbau von MON 810 verboten ist. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-17, Fax -27  
eMail: presse@bioland.de  
www.bioland.de

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 28482-300, Fax -309,  
eMail: info@boelw.de  
www.boelw.de

## Newsticker

### Ende für Monsanto-Patent auf „Gen-Kanone“

Das Europäische Patentamt hat im Mai ein strategisches Gentechnik-Patent des Monsanto-Konzerns für ungültig erklärt. Es handelt sich um das Patent für ein Verfahren, mit einer so genannten Gen-Kanone mittels Goldpartikeln fremdes Erbgut in die DNA einer Pflanze zu schießen. Damit sicherte sich die Firma Agracetus, die seit 1996 Monsanto gehört, das geistige Eigentumsrecht an Pflanzen, die auf die Art manipuliert wurden. Das galt für fast jedes genverändertes Soja-Saatgut auf der Welt. Das Patentamt annullierte das Patent aus technischen Gründen. Es sei handwerklich nicht korrekt. Die Grundsatzfrage zur Patentierbarkeit ganzer Pflanzensorten blieb unbeantwortet. (mbu)

● Europäisches Patentamt, München, Tel. 089 / 23990, [www.epo.org/index\\_de](http://www.epo.org/index_de)

### Monopolisten beherrschen weltweiten Saatgutmarkt

Die internationale Wissenschaftlerinitiative ETC Group hat im Mai die jährliche Statistik der Top Ten des Saatgutmarktes veröffentlicht. Die vier größten Konzerne Monsanto, Syngenta, DuPont und Limagrain haben danach so gut wie die Hälfte (49 Prozent) des weltweiten Saatguthandels unter sich aufgeteilt. Die gesamten Top Ten kontrollieren fast zwei Drittel (64 Prozent) des kommerziellen Saatgutmarktes. 2006 wurden dort schätzungsweise 23 Milliarden US-Dollar umgesetzt. Vor 11 Jahren hatten die Monopolisten nur 37 Prozent des Handels unter ihrer Kontrolle, 2005 waren es 49 Prozent. Damit gehört dieser Sektor zu den am höchsten konzentrierten der Welt. Auch zwei deutsche Firmen finden sich unter den Top Ten: die Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS) und Bayer. (mbu)

● ETC Group, eMail: [etc@etcgroup.org](mailto:etc@etcgroup.org), [www.etcgroup.org](http://www.etcgroup.org)

### Transparenz bei Agrarsubventionen auf der Kippe

Die Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen hat im März die geplante Neuregelung für die Bestimmungen zur Offenlegung der Agrarbeihilfen kritisiert. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission soll künftig nur noch veröffentlicht werden, wie viel, aber nicht wofür die Summen gezahlt werden. Aus Sicht der Initiative ist es dadurch nicht mehr möglich, die Qualität und Wirkung der Agrarsubventionen zu bewerten. Die EU-Kommission

mache einen Rückzieher, so die Kritik. Denn ein Entwurf vom Dezember 2006 sah noch vor, auch die Verwendung der Gelder offen zu legen. Die Initiative forderte die Kommission auf nachzubessern und appellierte an die Bundesregierung, sich für eine aussagekräftige Aufschlüsselung der Subventionen einzusetzen. (mbu)

● Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen, [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

### Immer mehr gentechnikfreie Regionen: Dritte internationale Konferenz

300 Vertreter/innen gentechnikfreier Regionen aus 40 Nationen haben sich im April im Europäischen Parlament in Brüssel zur dritten internationalen Konferenz „Gentechnikfreie Regionen, Biodiversität und ländliche Entwicklung“ getroffen. Sie debattierten über gentechnikfreie Regionen, die Bedrohung der freien Vermehrung und des Austauschs von Saatgut, aber auch über die Perspektiven regionaler Entwicklung in Zeiten von Agrar-Sprit-Ölfeldern. Seit der letzten Konferenz im Januar 2006 ist die Anzahl der als gentechnikfrei erklärten Gebiete in der EU gestiegen: Waren es damals 174 sind es inzwischen 236. Damals hätten sich 3000 Landkreise, Städte und Gemeinden für gentechnikfrei erklärt, ein Jahr später seien es bereits 4200, sagte Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament. (mbu)

● Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Agrarbüro, Tel. 0032 2 / 2845154, eMail: [fgraefe@europarl.eu.int](mailto:fgraefe@europarl.eu.int)

### EU-Agrarministerrat im Mai verschiebt Debatte zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Die politische Debatte zu Cross Compliance<sup>1</sup> in der Gemeinsamen Agrarpolitik soll erst im Juni mit Schlussfolgerungen ▼ beendet werden. Bei der Ratssitzung der EU-Agrarminister/innen am 7./8. Mai blieben mehrere Punkte strittig. „Die Kommission wies die Mitgliedstaaten vorsichtig darauf hin, dass die Debatte überfrachtet werden könnte, wodurch die Verwirklichung der im Bericht formulierten Ziele innerhalb des vorgesehen zeitlichen Rahmens (2007/2008) in Frage gestellt würde“, heißt es im Protokoll. Ein guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand soll laut Ratswunsch die Besonder-

heiten des spezifischen Mitgliedstaates einbeziehen. Beim geplanten „Health Check“ der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sollen die Reichweite überprüft und harmonisierte Kontrollsätze „gemäß möglicherweise auf EU-Ebene vereinbarten Indikatoren“ festgelegt werden. Der Agrarministerrat sprach sich dafür aus, dass bei geringfügigen Verstößen und sofort eingeleiteten Abhilfemaßnahmen keine Ahndung folgen soll. (jg)

Quelle: [www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/applications/newsroom/LoadDocument.asp?directory=de/agricult/&filename=94040.pdf](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsroom/LoadDocument.asp?directory=de/agricult/&filename=94040.pdf)

■

<sup>1</sup> Cross Compliance: Bindung der EU-Agrarsubventionen an die Einhaltung ökologischer und sonstiger Standards durch die Agrarbetriebe.

### Gastbeitrag WHO steht zur globalen Eliminierung von DDT

Von Carina Weber, Pestizid-Aktions-Netzwerk - PAN Germany

#### Gesundheitsgefahren Thema beim Treffen zur Stockholm-Konvention

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützt die Stockholm Konvention nachdrücklich und fühlt sich zur Reduktion der Abhängigkeit von DDT in der Malaria-bekämpfung verpflichtet. Das sagte WHO-Direktorin Dr. Maria Neira während der dritten Vertragsstaatenkonferenz des Stockholmer Übereinkommens über langlebige organische Schadstoffe, die vom 30. April bis zum 4. Mai in Dakar (Senegal) stattfand. Damit erfolgte eine öffentliche Klarstellung der Politik der WHO.

#### Stockholmer Konvention soll Dauergifte weltweit beseitigen

Die Stockholm-Konvention ist ein internationales Übereinkommen, das zum Ziel hat, persistente organische Schadstoffe (POPs)<sup>1</sup> weltweit zu beseitigen. Diese so genannte POP-Konvention trat 2004 in Kraft und wurde durch 143 Länder unterzeichnet. Sie wird durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) verwaltet. Das Insektenvernichtungsmittel DDT ist eine der zwölf Chemikalien, die der Konvention bei Inkrafttreten unterworfen wurden. In jüngster Zeit kamen jedoch Zweifel darüber auf, ob die Weltgesundheitsorganisation an ihren bisherigen Aussagen über die Notwendigkeit der weltweiten Eliminierung von DDT festhält.

#### DDT verursacht vielfältige Gesundheitsprobleme

Im Rahmen einer Veranstaltung, die durch WHO und UNEP organisiert wurde und sich mit der Reduktion der Abhängigkeit von DDT bei gleichzeitiger Verbesserung der Malariakontrolle<sup>2</sup> befasste, bestätigte Dr. Neira die Sorge der WHO über die gesundheitlichen Effekte von DDT.

DDT wurde in vielen Ländern wegen seiner Anreicherung in der Nahrungskette verboten. Durch seine Langlebigkeit ist DDT in allen Regionen der Welt nachweisbar. In Regionen, in denen DDT zur Malariakontrolle verwendet wurde, nahmen gestillte Säuglinge über die Muttermilch mehr DDT auf als durch die Weltgesundheitsorganisation als sicher („safe“) ausgewiesen wird. DDT wird mit einer Reihe chronischer Erkrankungen in Verbindung gebracht. Studien weisen zum Beispiel eine Verbindung zwischen Störungen der menschlichen Fortpflanzung und der Belastung mit DDT aus. Dazu zählen Frühgeburten, reduziertes Geburtsgewicht, vermehrtes Auftreten von Hodenhochstand, mangelhafte Spermaqualität, potenziell erhöhtes Brustkrebsrisiko und neurologische Effekte.

#### In der Landwirtschaft ist die DDT-Anwendung verboten...

Für den Gebrauch in der Landwirtschaft ist DDT weltweit verboten, in Deutschland bereits seit Anfang der 1970er Jahre. Mit Inkrafttreten der POP-Konvention vor drei Jahren erhielt DDT weit reichende Ausnahmeregelungen für die Malariabekämpfung. Das Ziel der Konvention, DDT weltweit zu eliminieren, wurde von den Ausnahmegenehmigungen nicht berührt, allerdings auf eine längere Bank geschoben.

#### ... bei der Malariabekämpfung aber nicht

Im Verlauf des vergangenen Jahres, und damit im Vorfeld der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Rotterdam-Konvention<sup>3</sup>, wurden Stimmen - auch aus der WHO - laut, DDT gegebenenfalls langfristig für die Malariabekämpfung zu erhalten. Solche Äußerungen sorgten für viel Aufregung. Die WHO sah sich daher in Dakar am Rande der Vertragsstaatenkonferenz zur POP-Konvention veranlasst, klar zur zukünftigen Rolle von DDT in der Malariabekämpfung Stellung zu beziehen. Auch das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) und das International POPs Elimination Network (IPEN) hatten vorab nachdrücklich eine klare Stellungnahme der WHO erbeten.

#### DDT-Anwendung seit Inkrafttreten der POP-Konvention verdoppelt

WHO und UNEP bestätigten, dass sich der Gebrauch von DDT seit Inkrafttreten der Konvention verdoppelt hatte. In vielen Ländern würde das WHO-Konzept der selektiven Anwendung bei vorliegender Ausnahmegenehmigung nicht angewendet. Da es in vielen Ländern, in denen Malaria ein großes Problem darstellt, an finanziellen und personellen Mitteln mangelt, wurde die Notwendigkeit eines globalen Plans und einer Stärkung der Süd-Süd-Kooperation geäußert. Einer der unerwünschten Nebeneffekte der Sondergenehmigungen für die Malariabekämpfung ist, dass DDT unkontrolliert für landwirtschaftliche Zwecke „abgezweigt“ wird.

#### Gute Erfahrungen mit Programmen gegen Malaria ohne DDT

Eine Million Menschen sterben jedes Jahr durch die Malariakrankheit. Es sind weit überwiegend afrikanische Kinder südlich der Sahara (80 %), die generell oft in gesundheitlich abträglichen Situationen leben. Abhilfe ist seit Jahren dringend gefordert. Nichtregierungsorganisationen wie PAN fordern differenzierte Programme statt DDT. Bei der WHO/UNEP-Veranstaltung sagte nun Dr. Maira, dass die WHO sich verpflichtet fühle dafür zu sorgen, dass Alternativen zu DDT zur Verfügung stehen.

#### Wichtig sind Beteiligung der Bevölkerung und Vorsorge

Erfahrungen in verschiedenen Ländern zeigen, dass der Malaria ohne DDT begegnet werden kann. Erfolg ist möglich, wenn ein politischer Wille auf DDT zu verzichten existiert und statt der „chemischen Keule“ ein differenziertes Programm durchgeführt wird. Positive Beispiele für erfolgreiche Programme sind etwa in Mexiko, in der Zentralregion Kenias, in Vietnam oder in Indien zu finden. Einer der wichtigsten Aspekte der DDT-freien Strategie ist die Beteiligung der Bevölkerung, kombiniert mit vorsorgenden und die Krankheit behandelnden Maßnahmen. ■

#### • Weitere Informationen

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. - PAN  
Germany, Carina Weber, Nernstweg 32,  
22765 Hamburg  
Tel. 040 / 39-9191023, Fax -07520  
eMail: carina.weber@pan-germany.org  
www.pan-germany.org

1 Persistent Organic Pollutants (POPs): Persistente (langlebige) organische Schadstoffe, Dauergifte. POPS sind organische Verbindungen, die aufgrund ihrer chemischen Eigenschaften sehr stabil sind und somit in der Umwelt nur sehr langsam bzw. praktisch gar nicht abgebaut oder umgewandelt werden.

2 „Reducing Reliance on DDT While Strengthening Malaria Control“.

3 Die Rotterdam-Konvention regelt ein Verfahren der gegenseitigen Information im internationalen Handel mit bestimmten gefährlichen Chemikalien und Pestiziden, das auch bekannt ist unter der Bezeichnung PIC - Prior Informed Consent (etwa: vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung). Siehe auch Beitrag auf der folgenden Seite.

## Rotterdam-Konvention soll weitere Dauergifte verbieten

### Experten schlagen Einbeziehung von Endosulfan und Tributylzinn vor

Das globale Expertengremium „Chemical Review Committee (CRC)“ hat Ende März auf seiner Tagung in Rom über die Aufnahme neuer Chemikalien in die Rotterdamer Konvention (siehe Fußnote S. 16) beraten. Die 32 Expert/innen wollen der 2008 tagenden Vertragsstaatenkonferenz vorschlagen, Endosulfan (Pestizid) und Tributylzinn (Biozid gegen Bewuchs von Schiffsrümpfen) in die Konvention aufzunehmen. Endosulfan wird häufig im Baumwollanbau zur Tötung von Insekten eingesetzt. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) fordert ein weltweites Verbot, da es bei der Verwendung häufig zu Vergiftungen kommt. Tributylzinn (TBT), das 2003 von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) in Schiffsfarben verboten wurde, ist giftig für Meereslebewesen und kann zu Unfruchtbarkeit führen.

### Langwierige Entscheidungsprozedur

Bei der Tagung im nächsten Jahr soll über weitere Chemikalien entschieden werden, die unter das so genannte PIC-Verfahren („Prior Informed Consent“) fallen. Das PIC-Verfahren regelt, dass unter die Rotterdamer-Konvention fallende Chemikalien nur nach vorheriger Information über Gefahren und nur nach Zustimmung der Zieländer in diese exportiert werden dürfen. Das CRC berät, ob Chemikalien den Kriterien der Rotterdamer-Konvention entsprechen oder nicht und legt den Vertragsstaaten entsprechende Empfehlungen vor. Über die Stoffe Benzidin (Krebs erregend), Endrin (starkes Nervengift), Methamidophos (sehr giftig, wassergefährdend) und Mirex (Dauergift) soll im nächsten Jahr beraten werden. Weitere 160 Stoffe stehen auf der Warteliste, allerdings ist aufgrund der langwierigen Entscheidungsprozeduren nicht absehbar, wann sie unter die 2004 in Kraft getretene Rotterdamer-Konvention fallen könnten. Zurzeit unterliegen 39 Chemikalien dem Rotterdamer Übereinkommen. Die vierte Vertragsstaatenkonferenz soll vom 20. bis 25. Oktober 2008 in Rom stattfinden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily 27.03.07, Pestizid-Brief März/April 2007, [www.pic.int](http://www.pic.int)

## 144 Pestizid-Grenzwerte möglicherweise zu hoch

### EU-Lebensmittelbehörde warnt vor Gesundheitsrisiken

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat ein Gutachten über die möglichen Gesundheitsrisiken bei bestimmten vorgeschlagenen Rückstandswerten für Pestizide in Futter- und Lebensmitteln veröffentlicht. In den einzelnen Mitgliedstaaten gelten nationale Rückstandsmengen. Diese sollen EU-weit harmonisiert werden. Das Gutachten ist ein erster Schritt zu einer europaweiten Festlegung von Grenzwerten für diese Rückstandswerte in Futter- und Lebensmitteln. Der Risikobewertung zufolge stellen nur 92 der 236 Wirkstoffe wahrscheinlich keine Gefahr für den Verbraucher dar. Bei den restlichen 144 Substanzen konnte ein potenzielles Risiko für die Verbraucher/innen durch die erste Untersuchung nicht ausgeschlossen werden.

### Unterschiedliche Essgewohnheiten sind zu beachten

Die EFSA führte Modellberechnungen durch, um die Menge an giftigen Pestiziden, die die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher aufnehmen, abzuschätzen. Denn die Ernährungsgewohnheiten innerhalb Europas sind verschieden. Was in dem einen Land als unbedenklich eingeschätzt wird, kann in einem anderen wegen der anderen Esskultur zu Gefährdungen führen.

Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission müssen nun weitere Untersuchungen dieser Substanzen im Hinblick auf die Festlegung vorläufiger Rückstandswerte (Maximum Residue Levels, MRLs) bzw. die durchschnittlich tolerierbare Giftmenge durchführen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Largo N. Palli 5/A, I-43100 Parma, Italien  
Tel. 0039 521 / 0361-11, Fax -10  
eMail: [info@efsa.europa.eu](mailto:info@efsa.europa.eu)

EFSA-Gutachten mit Anhängen:  
[www.efsa.europa.eu/de/science/praper/maximum\\_residue\\_levels/mrl\\_opinion.html](http://www.efsa.europa.eu/de/science/praper/maximum_residue_levels/mrl_opinion.html)

## Newsticker

### Umweltausschuss für verbindliche Ziele zur Pestizidreduzierung

Eine Mehrheit der Mitglieder des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments haben die Vorschläge von Irena Belohorská (fraktionslos, Slowakei) für eine umweltfreundlichere Pestizidstrategie der EU unterstützt. Die Abgeordneten sprachen sich im April dafür aus, die Mitgliedstaaten aufzufordern, verbindliche Ziele zur Pestizidreduzierung einzuführen. Ohne solche Ziele würde die Strategie nicht dazu führen, dass die Mitgliedstaaten die Pestizidmenge senkten, heißt es in dem Resolutionsentwurf von Belohorská. Sie befürchtet im Gegenteil, dass manche Länder die Anwendung von Pestiziden sogar noch steigern würden. So gibt es beispielsweise von deutscher Seite Pläne, das Verbot des Besprühens von Feldern aus der Luft abzuschwächen. (mbu)  
Quelle: Environment Daily, 11.04.2007

### Frankreich und Polen dürfen drei Biozide länger nutzen

Frankreich und Polen dürfen drei Biozide, die im September EU-weit verboten worden sind, noch länger nutzen. Frankreich darf Temephos (Insektizid, Meeresschadstoff, schädlich für Bienen) bis März 2009 und Ammoniak als Biozid in der Veterinärhygiene bis Mai 2008 weiterverwenden. Polen bekam die Erlaubnis, das Holzschutzmittel Cyfluthrin (sehr wasserschädlich) bis September 2007 zu nutzen. (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 16.04.07

### Quecksilber: Gemeinsamer Standpunkt des Ministerrates vermeidet Verbote

Mitte April haben die EU-Minister/innen für Justiz und Inneres einen Gemeinsamen Standpunkt ▼ zur „Änderung der Richtlinie 76/769/EWG zur Beschränkung des Inverkehrbringens bestimmter quecksilberhaltiger Messinstrumente“ beschlossen. Der Ministerrat forderte die EU-Kommission zwar auf, einen Bericht über Alternativen zu Quecksilber in medizinischen Messgeräten vorzulegen, vermied aber ein Verbot von Quecksilber in neuen Produkten wie Blutdruckmessgeräten. Die in der „Null-Quecksilber-Kampagne“ zusammengeschlossenen Umweltverbände kritisierten, dass sich der Ministerrat um ein Verbot „herumgedrückt“ habe, obwohl es bereits Alternativen auf dem Markt gebe. Auch bei der Herstellung von Barometern soll noch zwei Jahre länger die Nutzung von Quecksilber erlaubt sein. Die

Umweltverbände bezeichneten dies als „absolut unverantwortlich“, zumal bei Barometern rund tausendmal so viel Quecksilber wie bei Thermometern genutzt werde. Schon das Europäische Parlament hatte in diesem Punkt den Vorschlag der EU-Kommission abgeschwächt (EUR 06.12/07.01, S. 23). Der Gemeinsame Standpunkt des Rates muss nun in einer zweiten Lesung im EU-Parlament debattiert werden. (jg)

● DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. 030 / 44339138, eMail: florian.noto@dnr.de  
Quelle: www.zeromercury.org (20.04.07)

### **EU-Kommission legt POPs-Umsetzungsplan vor**

Die Europäische Kommission hat einen Plan für die Umsetzung der Stockholm-Konvention vorgelegt, die weltweit die Herstellung und Verwendung von langlebigen organischen Schadstoffen (persistente organische Schadstoffe, POPs; siehe auch S. 16) verbietet. Das Dokument beinhaltet Vorschläge zur Erweiterung der Pestizid- und Biozid-Gesetzgebung der EU und möglicherweise der EU-Abfallverbrennungs- und der IVU-Richtlinie (zur Integrierten Verminderung und Vermeidung von Umweltverschmutzung). Es werden die bereits vorhandenen Gesetzgebungen bilanziert und 32 weitere Maßnahmen beschrieben, die für eine Umsetzung der POP-Konvention nötig sind. Im weiteren Verlauf des Jahres soll ein zweites Papier veröffentlicht werden, in dem die für die Umsetzung wichtigsten politischen Schritte benannt sind. Die EU-Kommission stellt zwar fest, dass viele Forderungen der POP-Konvention bereits in den geltenden Gesetzen erfüllt seien, dass die EU aber in jedem Falle ihre Pestizid- und Biozid-Gesetze anpassen müsse, und schlägt Erweiterungen vor. Bis Ende 2008 will die Kommission außerdem Vorschläge für POP-Grenzwerte in Abfällen vorlegen, ab deren Überschreitung der Abfall als „gefährlich“ gelten soll. Innerhalb der Überprüfung der IVU-Richtlinie soll darüber hinaus eine Einbeziehung von kleineren Verbrennungsanlagen untersucht werden. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 27.03.07  
Umsetzungsplan der EU-Kommission:  
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st07/st07356.en07.pdf>

### **Generaldirektion Umwelt legt neue Leitlinien zur IVU-Richtlinie vor**

Neue Leitlinien sollen der Industrie und den Behörden dabei helfen, die Schlüsselele-

mente in der Richtlinie zur Integrierten Verminderung und Vermeidung von Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie) einheitlicher zu verstehen. Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat in dem informellen Papier dargelegt, was sie unter Begriffen wie „Anlage“ oder „Kapazität“ versteht. Letzteres ist eine wichtige Kenngröße, um festzustellen, ob eine Anlage unter die IVU-Richtlinie fällt oder nicht. Die Leitlinien wurden erarbeitet, weil es immer mehr Fragen aus Mitgliedstaaten und von Interessengruppen gab. Die Frist zur Umsetzung der IVU-Richtlinie ist der 30. Oktober 2007. Bis dahin müssen die Mitgliedstaaten u. a. Behörden zur Zulassung von Anlagen eingerichtet haben, die auch die Einhaltung der besten verfügbaren Techniken für den Umweltschutz durchsetzen sollen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily, 16.04.07

Allgemeine IVU-Leitlinien:

[www.ec.europa.eu/environment/ippc/general\\_guidance.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/ippc/general_guidance.htm)

### **Regierungen nehmen Vermeidung von Schiffs-Emissionen nicht wichtig**

Nur drei der 27 Mitgliedstaaten haben die Frist (30. März) zur Umsetzung der Richtlinie über Sanktionen für Meeresverschmutzung eingehalten. Lediglich Belgien, Deutschland und Schweden haben die Regelungen ganz oder teilweise in nationales Recht umgesetzt. Danach stellt Meeresverschmutzung durch Schiffe einen Rechtsverstoß dar. Sanktionen gelten für jede Person, die eine unzulässige Verschmutzung vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführt oder dazu beiträgt. (jg)  
ENDS Europe Daily, 04.04.07

### **Bisherige Risikobewertungsmethoden der EU nicht für Nanotech geeignet**

Der wissenschaftliche Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) hat gewarnt, dass die bisher für die Bewertung von Chemikalien verwendeten Risikobewertungsmethoden für nanotechnologische Produkte und Stoffe unzureichend seien. Es sei „unklar“, ob die Bewertungsmethoden dafür ausreichen, potenzielle Umweltgefahren durch Nanotech-Produkte festzustellen. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 16.04.07

SCENIHR-Position:

[www.ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scenihhr/docs/scenihhr\\_o\\_004c.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihhr/docs/scenihhr_o_004c.pdf)

■

## EU-Parlament zieht insgesamt positive Euratom-Bilanz

### Parlamentsmehrheit hält Vertrag trotz Lücken für „vorläufig unverzichtbar“

Mitte Mai hat das Europäische Parlament über die Bilanz des Euratom-Vertrags<sup>1</sup> debattiert. Nur 175 Abgeordnete (MdEP) widersprachen einem Bericht über die letzten 50 Jahre Euratom-Vertrag, in dem von Kernkraft als „kohlenstofffreier Stromerzeugung“ und einer Verlängerung der „Betriebsdauer von Kraftwerken“ die Rede ist. 406 Abgeordnete - die große Mehrheit - stimmten dafür, 44 enthielten sich.

### „CO<sub>2</sub>-freie Stromerzeugung unter strengen Sicherheitskriterien“

In seinem Bericht<sup>2</sup> zählt der Abgeordnete Eugenijus Maldeikis (Rechtskonservative, Litauen) u. a. folgende „Errungenschaften“ von Euratom auf:

- EU wurde zum Marktführer im Bereich der Kernenergie;
- EU erreicht Energieunabhängigkeit durch „fast vollständige Beherrschung des Brennstoffkreislaufs durch die EU-Nuklearwirtschaft“;
- Euratom hat dazu geführt, dass die Kernenergie mit 152 Reaktoren in 15 Mitgliedstaaten Ende 2006 32 % des europäischen Stroms erzeugt hat, also den höchsten Anteil an „kohlenstofffreier“ Stromerzeugung in der Europäischen Union hat und eine der wettbewerbsfähigsten Energiequellen ist;
- strenge EU-weite Sicherheitskriterien unter steter Kontrolle, die nicht nur für den Standort, sondern auch für Nachbarländer gelten;
- Meldepflicht für neue kerntechnische Investitionen;
- Grundlage für Forschung (Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor ITER).

### „Vielfalt der Auffassungen zur Kernenergie“

Im Bericht wird festgestellt, „dass der Konsens aus dem Jahr 1957 über die Kernenergie zwischen den Mitgliedstaaten nicht länger besteht“. Darüber hinaus habe die Kommission den Bedarf an kerntechnischen Investitionen „nicht wirklich bewertet“. Allerdings wird betont, dass „der

Euratom-Vertrag keineswegs als protektionistischer Rahmen für die Kernenergie fungiert“. Der Bericht stellt eine „Vielfalt der Auffassungen zur Kernenergie“ fest. „Diejenigen Bestimmungen des Euratom-Vertrags, die zur Verhinderung der Weitergabe von kerntechnischem Material beigetragen haben bzw. die sich auf Gesundheit, Sicherheit und die Verhütung von Strahlenkontamination beziehen“, werden als „sehr nützlich“ beschrieben.

### „Inakzeptables Demokratiedefizit“

Kritisiert werden mangelnde Partizipationsmöglichkeiten und das „inakzeptable Demokratiedefizit“ bei der Rechtsetzung. Außerdem wird das Fehlen harmonisierter Normen im Bereich der Behandlung von radioaktiven Abfällen bedauert. Trotz seiner „erheblichen Lücken“ stelle der Euratom-Vertrag einen zwar reformbedürftigen, aber „vorläufig (...) unverzichtbaren Rechtsrahmen“ dar, der im Zuge internationaler Aktivitäten in Russland, den USA, China und Indien Grundlage für die Wahrung der „führenden industriepolitischen und technologischen Rolle“ im Bereich der Kernenergie der EU gewahrt werden muss. Ansonsten drohe eine Zurückentwicklung und Renationalisierung.

### Flugzeugabsturz aus dem Jahr 1968 mit radioaktiven Folgen

In einem anderen Zusammenhang wurde im EU-Parlament über eine Petition debattiert, in der es um einen Flugzeugabsturz im mit Dänemark assoziierten grönländischen Thule im Jahr 1968 ging, bei dem radioaktives Material aus einer US-Militärmaschine weite Teile des Landes verstrahlte und zu Todesfällen und Gesundheitsschäden bei der Bevölkerung führte. Hier äußerte das Parlament „große Besorgnis angesichts der gegenwärtig bestehenden Lücke im Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Hinblick auf die Nutzung von Atomenergie für militärische Zwecke“. Es ist „der Auffassung, dass die zentralen Bestimmungen des Euratom-Vertrags seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen“, um diese Lücke zu schließen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle:  
[www.europarl.europa.eu/activities/public/currentEvents.do?sessionId=0A153BFC05B973C9B078C311E53FA2CF.node2?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/public/currentEvents.do?sessionId=0A153BFC05B973C9B078C311E53FA2CF.node2?language=DE)

## Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen bezweifelt

### EU-Kommission: Nachweis schwierig

Auf eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Carolin Lucas (Grüne/EFA, Großbritannien) hat die EU-Kommission zugegeben, dass sie den nachhaltigen Anbau von Biokraftstoffen, die in die EU eingeführt werden, nicht garantieren kann. Gleichwohl wolle sie finanzielle Anreize für diejenigen Treibstoffhersteller bieten, die nachhaltige Biokraftstoffe verwenden bzw. anbieten würden. Nicht-nachhaltig produzierte Treibstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen dürften zwar eingeführt und innerhalb der EU produziert werden, kämen aber nicht in den Genuss der Förderung.

### Auswirkungen auf Landnutzung können nicht überwacht werden

Damit konkretisiert die Kommission in einem wesentlichen Punkt ihre Vorstellungen zu den Vorgaben des Aktionsplans Energie, auf den sich die Mitgliedstaaten im März dieses Jahres verständigt hatten. Danach soll der Anteil der Biokraftstoffe am gesamten Kraftstoffverbrauch bis 2020 um 10 Prozent erhöht werden. Dieses Ziel kann allerdings nur mit „nachhaltig produzierten“ Biokraftstoffen erfüllt werden. Offen bleibt allerdings die Frage, was unter „nachhaltiger Produktion“ genau zu verstehen ist, wie sie gewährleistet werden kann und wie Auswirkungen auf die Landnutzung überwacht werden können. In einem Konsultationsverfahren, das am 4. Juni endet, stellt die Kommission diese und weitere Fragen zur Diskussion.

### WWF: Palmöl-Energiebilanz positiv, wenn kein Urwald gerodet wird

Währenddessen hat der WWF eine Studie vorgelegt, in der er die Produktion von Palmöl, einem wesentlichen Rohstoff für die Produktion von Biokraftstoffen, auf ihre Nachhaltigkeit untersucht. Die Umweltstiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die Energiebilanz von Palmöl zwar grundsätzlich positiv ausfallen würde, Voraussetzung sei aber, dass nicht für den Anbau der Plantagen Regenwälder gerodet würden. (ms) ■

### • Weitere Informationen:

Quelle: ENDS Daily 11.5.2007  
 WWF-Studie „Regenwald für Biodiesel?“  
[www.wwf.de/presse/details/news/palmoelstudie](http://www.wwf.de/presse/details/news/palmoelstudie)

<sup>1</sup> Siehe EUR Sonderheft 01.03 zum Euratom-Vertrag  
[www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0301-st.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0301-st.pdf)

<sup>2</sup> [www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2007-0129+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2007-0129+0+DOC+XML+V0//DE)

## EU-Kommission will strikte Energiemarkt-Liberalisierung

### Kommissar Piebalgs: Entflechtung ist von allgemeinem Interesse

Die Europäische Kommission fordert eine vollständige Liberalisierung der Energiemärkte. Versuchen einiger Mitgliedstaaten und Energieunternehmen eine abgeschwächte Variante durchzusetzen, erteilte Energiekommissar Andris Piebalgs eine deutliche Absage.

Auf einer Konferenz in Berlin Ende April sagte Piebalgs, eine Entflechtung der Energieproduktion von den Verteilungsstrukturen liege im allgemeinen Interesse und sei sowohl notwendig als auch gerechtfertigt.

### Absage an Deutschland, Frankreich und Spanien

Einige Mitgliedstaaten - darunter Deutschland, Frankreich und Spanien - sowie die großen europäischen Energiekonzerne hatten versucht, Piebalgs von ihrer Idee regionaler Netzbetreiber zu überzeugen. Dabei hätten die Unternehmen ihre Netze zwar unter Aufsicht stellen müssen, wären ansonsten aber Eigentümer geblieben. Piebalgs lehnte diesen Ansatz ab.

Die Kommission will voraussichtlich noch in diesem Jahr einen konkreten Richtlinienentwurf vorlegen. (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Handelsblatt, 23.4.2007

## Neuer Klimaschutz-Ausschuss im Europäischen Parlament

### Vorsitzender ist Guido Sacconi, Berichterstatter Karl-Heinz Florenz

Das Europäische Parlament hat Mitte Mai die Mitglieder eines neuen nichtständigen Ausschusses für den Klimaschutz benannt. Den Vorsitz hat der Sozialdemokrat Guido Sacconi aus Italien inne, als Berichterstatter wurde Karl-Heinz Florenz (CDU, Deutschland) benannt. Am 21. Mai fand die konstituierende Sitzung statt, das Mandat läuft ein Jahr.

Mit der Wahl setzte das Europäische Parlament einen Beschluss vom April um. Der neue Ausschuss soll u. a. Vorschläge für die künftige EU-Politik zum Klimawandel ausarbeiten, die aktuelle Lage analysieren und bewerten sowie geeignete Maßnahmen auf allen Ebenen vorlegen, einschließlich der Bewertung der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen und der Kosten, die bei Untätigkeit entstehen würden.

### Zuständigkeiten des Ausschusses

- Ausarbeitung von Vorschlägen über die künftige integrierte Politik der Europäischen Union im Bereich des Klimawandels und Koordinierung des Standpunktes des Europäischen Parlaments bei der Aushandlung des internationalen Rahmens für die Klimapolitik für die Zeit nach 2012;

- Analyse und Bewertung der aktuellen Lage in Bezug auf den Klimawandel und Vorlage geeigneter Maßnahmen auf allen Ebenen, einschließlich der Bewertung der finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen sowie der Kosten, die bei Untätigkeit entstehen würden;

- Erstellung einer möglichst vollständigen Bestandsaufnahme der jüngsten Fortschritte und Perspektiven bei der Bekämpfung des Klimawandels, sodass dem Parlament die erforderliche ausführliche Analyse dieser Fortschritte zur Verfügung steht und es seine politische Verantwortung übernehmen kann;

- Prüfung der umweltspezifischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, geopolitischen, regionalen und gesundheitspolitischen Auswirkungen dieser Fortschritte und der entsprechenden Perspektiven;

- Analyse und Bewertung der bisherigen Anwendung der einschlägigen europäischen Rechtsvorschriften;

- Herstellen zweckdienlicher Kontakte und Durchführung von Anhörungen mit Parlamenten und Regierungen von Mitgliedstaaten und Drittländern, mit europäischen Institutionen und internationalen Organisationen sowie mit Vertretern der Wissenschaft, der Unternehmen und der Bürgergesellschaft, einschließlich der Netze örtlicher und regionaler Behörden.

### Deutsche Mitglieder des Ausschusses

- **CDU:** Karl-Heinz Florenz (Berichterstatter), Dieter-Lebrecht Koch, Markus Pieper, Herbert Reul;  
Ersatzmitglieder: Werner Langen, Peter Liese, Angelika Niebler, Thomas Ulmer, Lutz Goepel.

- **SPD:** Matthias Groote, Karin Scheele;  
Ersatzmitglieder: Dagmar Roth-Behrendt, Mechtild Rothe, Ulrich Stockmann.

- **FDP:** Holger Kraemer.

- **Grüne:** Rebecca Harms;  
Ersatzmitglied: Michael Cramer. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Vollständige Liste der Mitglieder des Klimaschutz-Ausschusses:  
[www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-6482-129-05-19-911-20070507/IPR06422-09-05-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-6482-129-05-19-911-20070507/IPR06422-09-05-2007-2007-false/default_de.htm)

## Debatten um Flugverkehr und Emissionshandel

### EU-Parlament uneins über Details

Die Diskussion über eine Einbeziehung des Flugverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem (ETS) gewinnt an Fahrt. In einer ersten Aussprache bekräftigte der Umweltausschuss des EU-Parlaments die Notwendigkeit, dass auch der Flugverkehr seinen Anteil zum Klimaschutz beiträgt. Damit könne ein Geburtsfehler des Kyoto-Protokolls behoben werden, so Berichterstatter Peter Liese (CDU). Daher unterstütze das Parlament grundsätzlich den Vorschlag ▼ der Europäischen Kommission (KOM(2006)818) vom Dezember, den Flugsektor in den bestehenden Emissionshandel zu integrieren. Über die konkrete Ausgestaltung des Vorschlages gab es allerdings sehr unterschiedliche Auffassungen. Während einige Abgeordnete striktere Obergrenzen und kürzere Übergangszeiten forderten, schlugen andere wie Holger Kraemer (FDP) eine Verschiebung des Vorhabens vor, bis die Nachfolgeregelung des 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls gefunden ist. Weitgehend einig war man sich, eine frühere Forderung nach einem separaten Flugverkehrs-Emissionshandelssystem fallen zu lassen.

### USA drohen EU

Die USA kündigten heftigen Widerstand gegen das Vorhaben der EU an, auch Interkontinentalflüge einzubeziehen. Nach Ansicht der US-Regierung würde die EU damit gegen internationales Recht verstoßen, das in der Chicagoer Konvention die grundsätzliche Steuerbefreiung des Flugverkehrs vorsieht. Zur entscheidenden Debatte wird es voraussichtlich bei der Generalversammlung der Internationalen Organisation für zivile Luftfahrt (ICAO) im September kommen. Der Vorschlag der EU-Kommission von Dezember 2006 sieht vor, ab 2011 die innereuropäischen und ab 2012 die transkontinentalen Flüge in den Emissionshandel einzubeziehen. Als Basis für die Bewertung der Emissionen sollen die Jahre 2004 bis 2006 genommen werden. Höchstens zehn Prozent der Emissionszertifikate sollen versteigert werden. Das EU-Parlament will voraussichtlich im November einen Beschluss in erster Lesung fassen. (ms) ■

### • Weitere Informationen

[www.transportenvironment.org/Topic7.html](http://www.transportenvironment.org/Topic7.html)

## EU-USA-Gipfel ohne Beschluss zum Klimaschutz

### Unverbindliches Abschlussdokument

Während des EU-USA-Gipfels Ende April in Washington haben die Partner hauptsächlich über den Abbau von Wirtschaftshemmnissen debattiert. Aber auch um den Klimaschutz ging es. „Die EU und die USA wollen den Treibhauseffekt gemeinsam bekämpfen“, hieß es in Pressemeldungen über den Gipfel. Allerdings hoffte auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel noch „auf weitere Bewegung der Amerikaner“.

### Klimapapier sieht Atomkraft als Option

Die zurzeit amtierende EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und US-Präsident George W. Bush unterschrieben ein gemeinsames Klima-Papier. Darin verpflichteten sich die USA und die EU, den Treibhauseffekt zu bekämpfen. Notwendig sei dazu eine „schnelle globale Politik“.

Von deutscher Regierungsseite als „substanzieller Fortschritt“ bezeichnet, enthält die Erklärung allerdings keine konkreten Ziele für eine Reduktion von Treibhausgasen. Beide Seiten erkennen den Klimawandel als „globale Herausforderung an die internationale Gemeinschaft“ an. Man müsse „das Bestmögliche zu tun, um die Treibhausgase auf einem Level zu stabilisieren, um gefährliche vom Menschen ausgelöste Störungen des Klimasystems“ zu verhindern. Zur Reduzierung der Treibhausgase will die US-Regierung aber vor allem die Entwicklung neuer, umweltschonender Technologien und den Einsatz alternativer Energiequellen nutzen. Auch die Atomkraft könne ein „geeignetes Mittel gegen Klimawandel“ sein, sofern sich die Länder für diese Energieform entschieden, hieß es in der Erklärung weiter. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Abschlussdokument:  
[www.ec.europa.eu/comm/external\\_relations/us/sum04\\_07/joint\\_statement\\_energy\\_security.pdf](http://www.ec.europa.eu/comm/external_relations/us/sum04_07/joint_statement_energy_security.pdf)

## UN-Nachhaltigkeitskonferenz: EU verweigert Unterschrift

### CSD-Klimabeschlüsse waren

#### Industrieländern zu unverbindlich

Die zweiwöchige Konferenz der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) in New York ist Mitte Mai ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die EU und einige andere Industrieländer verweigerten die Unterschrift unter die Abschlusserklärung, da sie das Schlussdokument als „zu unverbindlich“ empfanden.

### Entwicklungsländer wollen selbst über Energiepolitik bestimmen

Ursprüngliche Absicht der EU war es, alle Länder zur Vorlage eines Energieplanes bis 2010 zu verpflichten. Die so genannte G77-Gruppe, in der rund 130 Entwicklungs- und Schwellenländer vereinigt sind, wollte sich aber nicht vorschreiben lassen, wie sie ihre Energiepolitik betreiben. Die im Schlussdokument beschriebenen Maßnahmen wären sogar hinter den Beschlüssen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg zurückgeblieben, kritisierten EU-Umweltkommissar Stavros Dimas und der deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel als EU-Ratspräsidentenschaftsvertreter in einer gemeinsamen Stellungnahme.

### Simbabwe übernimmt Vorsitz der CSD

Mit 26 gegen 21 Stimmen wurde Simbabwe für den Vorsitz des 16. Treffens der CSD-Kommission (CSD 16) im Frühjahr 2008 bestimmt. Auch das war ein Grund für die EU, das Abschlussdokument nicht zu unterschreiben. Ende April hatten sich die EU-Außenminister/innen geeinigt, wegen Menschenrechtsverstößen Sanktionen gegen Simbabwe zu verhängen und noch mehr Vertretern der Regierung in Harare die Einreise nach Europa zu verweigern. Der neu gewählte CSD-Vorsitzende, Simbawes Umwelt- und Tourismusminister Francis Nhema, darf zurzeit also gar nicht offiziell in die EU einreisen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Gemeinsame Pressemitteilung EU und Deutschland:  
[www.eu2007.de/de/News/Press\\_Releases/May/0512BMU.html](http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/May/0512BMU.html)

## Dokumentation Reclaim the Climate: Für ein Klima der Gerechtigkeit!

### Erklärung des Kongresses McPlanet.com 2007

Klimachaos: An den Polen schmelzen die Eiskappen und der Permafrost taut mit atemberaubender Geschwindigkeit. Selbst die riesigen Ozeane versauern; in der Karibik erreichen die Hurrikane eine ungeahnte Stärke und Häufigkeit. Dürren plagen selbst die Urwälder im regenreichen Amazonasbecken und ungeahnte Regenfluten den indischen Wüstenstaat Rajasthan. Hitzewellen erfassen Europa. Die gesamte Schöpfung ist bedroht.

Wir wissen: Klimachaos tötet. Die Armen des Planeten trifft es am härtesten. Das sind Kleinbäuerinnen, die ihre Ernten verlieren. Es sind Küstenfischer, deren Fänge durch das Absterben der Korallen zurückgehen. Es sind Viehirten, deren Herden bei Dürrekatastrophen verhungern. Es sind Slumbewohnerinnen, deren Hütten durch Flutkatastrophen weggespült werden. Dem Hurrikan Katrina fielen in New Orleans 1300 Menschen, vor allem arme Afroamerikaner, zum Opfer. Schon jetzt gibt es weltweit 20 Millionen so genannter Klimaflüchtlinge.

Wir wissen: Klimachaos ist radikaler Ausdruck globaler Ungerechtigkeit. Es trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten zu seinen Ursachen beitragen. Schon zu lange missbrauchen wir unsere Atmosphäre als Mülldeponie für CO<sub>2</sub>. Diese Deponie ist zu über 85 % gefüllt mit den Emissionen der Industrieländer: Sie sind die Verantwortlichen. Die Reichen der Erde bauen ihre Fehl-Entwicklung darauf auf, die fossilen Tresore der Erde zu plündern. Andere folgen nun diesem Pfad nach.

Wir wissen: Uns rennt die Zeit weg. Um die gravierendsten Auswirkungen des Klimachaos noch abzuwenden, muss die globale Erwärmung möglichst unter zwei Grad gehalten werden. Dazu müssen wir weltweit innerhalb von 10 Jahren den steil ansteigenden Emissionstrend brechen, und dann bis 2050 die Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren. Als Industrieland muss Deutschland seine Emissionen um mindestens 80 % reduzieren.

Wir wissen: Klimaschutz ist machbar. Die Hälfte des Energieverbrauches kann schon

Der diesjährige McPlanet-Kongress von Attac, BUND, EED, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung fand vom 4.-6. Mai in Berlin statt. Rund 2000 Menschen nahmen an den zahlreichen Veranstaltungen teil. Weitere Informationen: [www.mcplanet.com](http://www.mcplanet.com) (jg)

mit heutigen Technologien eingespart werden. Erneuerbare Energien haben das Potenzial, einen Großteil des verbleibenden Energiebedarfes zu befriedigen. Es sind vor allem mächtige eingefahrene Lobbyinteressen, die einem ambitionierten Klimaschutz im Weg stehen.

Wir wissen: So wichtig internationale Verhandlungsprozesse auch sind: 15 Jahre nach Unterzeichnung der Klimakonvention in Rio und 10 Jahre nach Abschluss des Kyoto-Protokolls steht der entscheidende Durchbruch in der internationalen Klimapolitik immer noch aus. Viel zu lange sind globale Klimaverhandlungen als Placebo für echte Klimapolitik missbraucht worden. Schönen Worten folgte nur eine kümmerliche Umsetzung. Auch die G8 haben mit ihrer Energiepolitik wirksamen Klimaschutz verhindert.

### Reclaim the Climate!

Wir können den Schutz des Klimas nicht länger nur an diese Prozesse delegieren. Wir müssen selbst aktiver werden, den Klimaschutz in unseren Städten und Gemeinden und in unseren nationalen Parlamenten weiter stärken, die verantwortlichen Unternehmen vor unsere Gerichte zerren.

Wir haben es satt, dass Politik vorrangig von Wirtschaftsinteressen gesteuert wird. Die Politik hat ihr Mandat vom Volk, nicht von den Konzernen. Wir erwarten von den Volksvertreter/innen, endlich klare Position für einen gerechten Klimaschutz zu beziehen.

Wir haben es satt, dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der Europäischen Union und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber vielfach zuwiderläuft. Im grenzenlosen globalen Wettbewerb, den die G8 gemäß dem neoliberalen Wirtschaftsmodell entfesseln wollen, wird Klimaschutz zum Standortnachteil.

Wir haben es satt, dass die gewählten Regierungen weiterhin die fossile Energiewirtschaft staatlich fördern, in vielen der G8-Staaten allen voran die Mineralölwirtschaft, deren Beitrag zum Klimawandel und deren oft unverantwortliches Verhalten in der Ölförderung keine Steuergelder verdienen.

Wir haben es satt, dass Billigflieger mit Subventionen gepöppelt werden, während Bahnreisen immer teurer werden. Die Reisepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

Wir haben es satt, dass die Klimaopfer im Süden mit den Folgen des Klimachaos allein gelassen werden. Die Verursacher des Klimawandels müssen für die Schäden einstehen und die Kosten für Anpassungsmaßnahmen tragen.

Wir haben es satt, dass europäische Autokonzerne ihre Selbstverpflichtung zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ihrer Flotten missachten und die Einführung verbindlicher Standards torpedieren.

Wir haben es satt, dass Stromkonzerne den Klimawandel missbrauchen, um eine Laufzeitverlängerung für hochriskante Atomreaktoren durchzudrücken, statt endlich entschieden in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren. Der Atomausstieg muss beibehalten werden. Was wir brauchen ist eine radikale Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung. Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger, ihre Nutzung muss so schnell wie möglich zurückgefahren werden.

Wir haben es satt, dass dieselben Stromkonzerne ihre Monopolstellung missbrauchen, um auf Energiegipfeln immer neue, milliardenschwere Zugeständnisse für längst vergangene Investitionszusagen rauszuschlagen. Wir brauchen endlich fairen Wettbewerb: Die Monopolstellung der großen Stromkonzerne muss zerschlagen sowie das Netz vom Betrieb der Kraftwerke getrennt werden.

Wir haben es satt, dass unsere Regierungen milliardenschwere Emissionsrechte an die Verschmutzer verschenken. Die Emissionsrechte müssen zu 100 % auktioniert werden. Der Himmel gehört uns allen, nicht den Konzernen.

Wir haben es satt, dass durch Brandrodung jahrtausendealter Urwälder in Asien und Amazonien der Klimawandel massiv vorangetrieben wird. Antriebskraft hierfür ist nicht zuletzt der Hunger der Industriestaaten nach Agrarprodukten wie Soja oder Palmöl. Die letzten Urwälder müssen unter Schutz gestellt werden und die Industriestaaten hierzu finanzielle Beiträge leisten.

Wir haben es satt, dass globale Klimaverhandlungen zum Mikadospel degenerieren, nach dem Prinzip „Wer sich als erster bewegt, verliert“. Es ist höchste Zeit, dass die EU sich ohne Vorbehalte auf ein Emissionsziel von minus 30 % bis 2020 festlegt. Deutschland muss mit der Verpflichtung, 40 % seiner Treibhausgase zu senken, offensiv die Verhandlungen vorantreiben. Nur wenn die Industrieländer ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen, können sie auch die aufstrebenden Entwicklungsländer in ein Klimaschutzregime einbinden.

### **Zeit zum Handeln: Jetzt Klimachaos stoppen!**

Wir sind fest vom Ziel einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft überzeugt. Beides ist untrennbar miteinander verbunden: Wir werden soziale Errungenschaften nur vor dem Klimachaos schützen können, wenn wir die ökologischen Grenzen des Planeten achten und unseren Wohlstand nachhaltig erwirtschaften. Aber auch ambitionierter Klimaschutz ist nur machbar, wenn Chancen und Lasten gerecht verteilt werden. Die Verwirklichung dieser Vision bringt der Markt nicht aus sich hervor, er braucht klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen.

Reclaim the Climate - Für ein Klima der Gerechtigkeit: Das Klimachaos ist unser Problem. Daher werden wir uns ihm entschlossen entgegenstellen. Druck machen müssen alle: Frauen und Männer, Junge und Alte, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wissenschaft, die Medien und die Kunst, die Arbeitslosen und auch die Unternehmen, die gelernt haben, dass sie Gewinne nicht mehr auf Kosten Dritter machen können. Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und als politisch aktive Bürger: Am 2. Juni in Rostock, und am 8. Dezember in Berlin werden wir auf die Straße gehen, um für ein Klima der Gerechtigkeit zu demonstrieren. Zusammen können und werden wir die Klimakatastrophe verhindern! ■

## **Klima-Allianz gegründet**

### **Umwelt- und Entwicklungsverbände gemeinsam für den Klimaschutz**

Über 40 deutsche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie kirchliche Verbände haben sich zu einer „Klima-Allianz“ zusammengeschlossen. Erstmals gibt es damit auch in Deutschland ein derart breites Bündnis. In anderen Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden schlossen sich bereits vor einigen Jahren Entwicklungs- und Umweltverbände zusammen, um deutlich zu machen, dass der Klimawandel nicht nur ein Umwelt-, sondern ebenso ein Entwicklungs- und Gerechtigkeitsproblem ist.

► In ihrer Gründungserklärung fordern die Vertreter/innen der Klimaallianz die Bundesregierung zu entschlossenem Handeln auf. Mehr finanzielle Mittel seien notwendig, um etwa die Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Weitere Organisationen sind eingeladen sich dem Bündnis anzuschließen. (ms) ■

### ● **Weitere Informationen**

Klima-Allianz, c/o Forum Umwelt und Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
[www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

## **Newsticker**

### **EU schreibt Projektförderung Energie aus - bis 28.9. bewerben**

► Im Rahmen des Programms „Intelligente Energie“ fördert die EU-Kommission Projekte im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz in einer Gesamthöhe von 52 Mio. Euro. Die Ausschreibung wurde kürzlich veröffentlicht. Sie richtet sich vorwiegend an Forschungseinrichtungen, aber auch Umweltorganisationen können sich bewerben. Stichtag für Projektanträge ist der 28. September. (ms)

Quelle: [www.ec.europa.eu/energy/intelligent/call\\_for\\_proposals/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/index_en.htm)

### **CO<sub>2</sub>-Preise auf Tiefststand**

Der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> an der Börse ist im April auf einen historischen Tiefststand von nur 15 Eurocent gesunken. Die Europäische Kommission macht die zu hohe Zuteilung von Emissionszertifikaten dafür verantwortlich und verspricht bei der Genehmigung der nationalen Zuteilungspläne für die zweite Verpflichtungsperiode des Emissionshandelssystems weiterhin strikte Maßstäbe anzulegen. (ms)

Quelle: ENDS Europe Daily 11.05.07

### **Life-Earth-Konzert in Hamburg**

Unter dem Motto „Life Earth“ will die Al-Gore-Stiftung am 7. Juli weltweit mit Open-Air-Konzerten für mehr Klimaschutz werben. In Deutschland wird Hamburg die Veranstaltung ausrichten. Mit dem Namen nimmt Gore Anleihe bei den „Life-Aid“-Konzerten, die der irische Musiker Bob Geldof für die Unterstützung Afrikas ins Leben gerufen hatte. Für den 7. Juli kündigte der US-Popstar Madonna ein neues Stück mit dem Titel „Hey You“ an. (ms)

Quelle: [www.liveearth.org](http://www.liveearth.org)

■

## LIFE+-Verordnung endgültig angenommen

### Einigung zum Umweltförderprogramm der EU formal bestätigt

Die EU-Mitgliedstaaten in Form des Ministerrats für Wettbewerb und das Europäische Parlament haben am 21. bzw. 22. Mai der erzielten Einigung zum LIFE+ Umweltförderungsprogramm 2007-2013 formal zugestimmt. Der Ministerrat hatte Anfang Mai den endgültigen Text des neuen Umweltförderprogramms LIFE+ veröffentlicht, der auf einer Einigung mit dem Parlament im März basiert (EUR 05.07, S. 22). Die Verordnung bestätigt ein Programmbudget von 2,14 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2007-2013. Der Betrag wurde damit im Vergleich zur ursprünglich ausgehandelten Summe von 1,95 Milliarden um fast zehn Prozent erhöht, um der Inflation Rechnung zu tragen.

### Fünzig Prozent für Naturschutz

Drei Viertel der Gelder sollen für Projektzuschüsse ausgegeben werden. Davon sollen mindestens die Hälfte Biodiversitätsprojekten zur Verfügung stehen. Die Kommission will die Gelder auf die Mitgliedstaaten entsprechend der Bevölkerungsdichte und der Biodiversität zuteilen. Als EU-Verordnung hat LIFE+ direkte rechtliche Bindung für die Mitgliedstaaten und muss nicht in die nationalen Gesetzgebungen umgesetzt werden.

### Ausschreibungen ab Herbst

Erste Ausschreibungen werden für Herbst 2007 erwartet. Das neue Programm LIFE+ beinhaltet drei Teilbereiche:

- Natur und biologische Vielfalt,
- Umweltpolitik und gute Verwaltungspraxis,
- Information und Kommunikation.

(bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily 10.+22.05.07, emcra EU-Fördertipp 23.05.07, EP News Report: [www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-6852-141-05-21-911-20070516IPR06754-21-05-2007-2007-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-6852-141-05-21-911-20070516IPR06754-21-05-2007-2007-false/default_en.htm)

Gesetzestext (PDF, 50 S., 200 kB): <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st03/st03611.en07.pdf>

## 15 Jahre Natura 2000

### Naturschutzverbände gratulieren zum Jubiläum und würdigen Erfolge

Naturschutzverbände aus ganz Europa haben am 21. Mai den 15. Geburtstag der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Richtlinie gefeiert. Die Richtlinie ist das wichtigste Rechtsinstrument der EU zum Schutz der Biodiversität. Gemeinsam mit der EG-Vogelschutzrichtlinie, die bereits 1979 in Kraft trat, bilden die FFH-Richtlinie und das in den beiden Richtlinien verankerte Schutzgebietsnetzwerk „Natura 2000“ das Rückgrat für den Schutz der biologischen Vielfalt in der EU. „Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten haben vor 15 Jahren sehr vorausschauend gehandelt und den Bürgern Europas ein kostbares Geschenk gemacht“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller anlässlich des Jubiläums. „Das Netzwerk Natura 2000 ist ein hervorragendes Werkzeug zum Schutz der natürlichen Umwelt“.

### Schon 18 Prozent der EU-Fläche unter Schutz

EU-weit ist die Fläche des Natura-2000-Netzwerks auf 18 Prozent der Landflächen gestiegen. Slowenien belegt mit einem Drittel der Landesfläche den Spitzenplatz, in Deutschland liegt der Anteil bei etwa zehn Prozent. „Sobald die Bundesländer die noch fehlenden Vogelschutzgebiete nachgemeldet haben, könnten auch wir vom ehemaligen Schlusslicht Europas endlich auf einen Mittelplatz aufrücken“, so Miller. Das Europäische Habitatforum (EHF), eine Koalition von Naturschutzorganisationen, fordert, Natura 2000 inklusive mariner Gebiete schnell zu vervollständigen, um das Ziel, bis 2010 dem Biodiversitätsverlust Einhalt zu gebieten, erreichen zu können. Insbesondere Polen, die Slowakei und Bulgarien müssten ihre Meldungen beschleunigen. Nach Vervollständigung des Schutzgebietsnetzes sei dessen Ergänzung mit Wanderkorridoren und Strukturen des Biotopverbundes erforderlich, um Tieren und Pflanzen Lebensraumverschiebungen und Anpassungen an den Klimawandel zu ermöglichen, forderte der NABU. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: [www.panda.org/about\\_wwf/where\\_we\\_work/europe/what\\_we\\_do/epo/news/?uNewsID=102960](http://www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/what_we_do/epo/news/?uNewsID=102960)  
[www.nabu.de/modules/presseservice/?show=895](http://www.nabu.de/modules/presseservice/?show=895)

## Erster europäischer Atlas zur Nährstoffbelastung

### Ermittlung von Umweltauswirkungen von Nährstoffen in der Landwirtschaft

Die FATE-Initiative der EU-Kommission zur Ermittlung der Umweltauswirkungen von Nährstoffen in der Landwirtschaft hat Ende April einen Atlas über die Nährstoffbelastung in Boden und Wasser veröffentlicht. Zum ersten Mal wird damit ein klares Bild von der Belastung der Ökosysteme durch Nährstoffe und deren Quellen gezeichnet.

### Weite Teile Westeuropas durch Überdüngung geschädigt

Bislang gab es nur sehr wenige Untersuchungen und keine EU-weiten Erhebungen zum Anteil der einzelnen Sektoren an der Nährstoffbelastung und zur Schwere der jeweiligen Auswirkungen. Mit der Initiative FATE soll speziell diese Lücke in der Umweltforschung unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft geschlossen werden. Die Ergebnisse des Projekts sollen die Anwendung der bestehenden Rechtsvorschriften erleichtern und gleichzeitig eine wissenschaftliche Grundlage für künftige Rechtsvorschriften liefern.

Der Atlas zeigt den Nährstoffüberschuss in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft. Danach zählen weite Teile der Niederlande, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Irlands und Italiens zu den Gebieten mit der höchsten Nährstoffbelastung in Europa. FATE konnte auch nachweisen, dass Verluste durch Nährstoffüberschüsse oft auf Praktiken wie Überdüngung zurückzuführen sind, sodass Abhilfemaßnahmen nicht nur relativ einfach, sondern auch kostengünstig wären. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: [www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7042\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7042_de.htm)

Weitere Informationen: <http://ies.jrc.ec.europa.eu>

„An Atlas of pan-European data for investigating the fate of agrochemicals in terrestrial ecosystems“ (engl.; PDF, 54 S., 15 MB!): [http://ies.jrc.cec.eu.int/fileadmin/Documentation/Highlight/FATE\\_Atlas\\_compressed.pdf](http://ies.jrc.cec.eu.int/fileadmin/Documentation/Highlight/FATE_Atlas_compressed.pdf)

## Biodiversität wird weltweit erfasst und erforscht

### Globales Arteninformationssystem GSIS startet auch in Europa

Die weltweit vorhandenen Daten über alle bekannten Tier- und Pflanzenarten sollen in einem globalen Informationssystem (GSIS - Global Species Information System) zusammengeführt werden und künftig via Internet abrufbar sein. Für den Aufbau dieses Systems ist Anfang Mai in Europa und anderen Kontinenten der Startschuss gegeben worden.

### Daten sollen öffentlich zugänglich sein

Die Datenbank soll Angaben über Wachstumsraten, Fertilität, Umwelttoleranz und genetische Daten umfassen und der Öffentlichkeit Fotos, Karten und Informationen zu Flora und Fauna bereitstellen. Das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften in Kiel wird sich an der Koordinierung des Aufbaus des europäischen Teils von GSIS beteiligen. Mit dem GSIS wird eine der beim Treffen der G8-Umweltminister in Potsdam vereinbarten Aktivitäten der „Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ (EUR 04.07, S. 7) umgesetzt.

### Biodiversitätsschutz in tropischen Überseeregionen

Zudem startete die EU-Kommission Anfang Mai mit Net-Biome ein Forschungsprojekt, das dem Biodiversitätsschutz in den tropischen Überseeregionen von EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Großbritannien dienen soll. Diese Regionen gehören zu den an Biodiversität und Ökosystem reichsten Regionen der Welt und umfassen fünf der 34 Biodiversitätshotspots der Erde, verteilt auf drei verschiedene Ozeane. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR), Kiel  
Tel.: 0431 / 600-0, Fax -2805  
eMail: info@ifm-geomar.de  
www.ifm-geomar.de

Quellen: BMU Pressedienst 09.05.07, ENDS Europe Daily 10.05.07, Europe Information Service (EIS) 09.05.07  
www.ec.europa.eu/research/?pg=newsalert&lg=en&year=2007&na=na-100507

## Verbale Fortschritte im Biodiversitätsschutz

### Naturschutzdirektoren-Konferenz der EU in Potsdam

Über die Erhaltung der Artenvielfalt auf der Erde haben die Naturschutzdirektoren der EU bei einer Konferenz Mitte Mai in Potsdam debattiert. Die Naturschutzexpert/innen aus den Umweltministerien der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission trafen sich einerseits, um die Welt-Naturschutzkonferenz der Vereinten Nationen (CBD COP 9) im Jahr 2008 in Bonn vorzubereiten. Außerdem stand der „Countdown 2010“ inklusive der IUCN-Initiative für Meeresschutzgebiete auf der Agenda.

Die EU hatte auf ihrem Gipfel in Göteborg 2001 beschlossen, den Rückgang der biologischen Vielfalt innerhalb Europas bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, dass der rapide Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 wenigstens gebremst werden soll. Der Umsetzungsstand dieser „2010-Ziele“ war das zentrale Thema in Potsdam. Darüber hinaus stand die Verbesserung der Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000 auf der Agenda dieses Treffens, das normalerweise halbjährlich stattfindet.

### Stellungnahme der EU-Naturschutzorganisationen

Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte erstmals den in Brüssel akkreditierten Umweltorganisationen Gelegenheit gegeben, den Naturschutzdirektoren ihre Forderungen vorzustellen. Das Europäische Habitatforum (EHF), eine Gruppe von 15 Naturschutzorganisationen, forderte eine bessere Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und Vogelschutzrichtlinie, Monitoring und Umsetzung der Biodiversitäts-Mitteilung und des Aktionsplans sowie eine Vision ab 2010. (bv) ■

### • Weitere Informationen

NABU, Claus Mayr, Direktor Europapolitik  
Tel. 0172 / 5966098  
eMail: claus.mayr@nabu.de  
www.nabu.de/modules/pressteservice/?show=890

Weitere Quelle: BMU Pressedienst 14.05.2007

## Schutz von Masthühnern nur wenig verbessert

### EU-Agrarministerrat verabschiedet Richtlinie zur Massenhaltung

EU-weite Regelungen zum Schutz von Masthühnern für Haltungen mit mehr als 500 Tieren ab 2010 waren eines der Themen des EU-Landwirtschaftsministerrats am 7. und 8. Mai in Brüssel. Tierschutzorganisationen werfen der EU schwere Tierschutz-Defizite vor. Sie kritisieren, dass die neue Richtlinie eine viel zu große Anzahl von Tieren pro Quadratmeter zulasse.

### „Turbo-Zucht unter Ausklammerung gravierender Tierschutzprobleme“

Nach den neuen Vorschriften werden sich in Zukunft bis zu 26 Masthühner auf einem Quadratmeter Stallfläche drängen, warnen die Tierschutzorganisationen „Vier Pfoten“ und Deutscher Tierschutzbund. Dies entspricht dem beschlossenen Maximum von 42 kg/m<sup>2</sup>. Masthühnern werde damit drastisch weniger Platz zugestanden als Legehennen in Käfigbatterien, die ab 2012 EU-weit verboten sind. Aus Tierschutzsicht dürfe eine Besatzdichte von 25 kg/m<sup>2</sup> nicht überschritten werden, auch Veterinäre empfehlen eine Dichte von höchstens 15 Tieren pro Quadratmeter. Die „High-Tech-Hähnchen“ der heutigen „einseitigen Turbo-Zuchtmethoden unter Ausklammerung gravierender Tierschutzprobleme“ (Vier Pfoten) würden zudem meist schon nach 35 Tagen geschlachtet. In der EU werden jedes Jahr fünf Milliarden Masthühner geschlachtet.

Darüber hinaus sprach sich der Rat für eine EU-weite Kennzeichnung zur Einhaltung von Tierschutzstandards aus - unter Vermeidung „unnötiger Belastungen“ für nationalstaatliche Behörden und Produzenten und unter Erwägung der Möglichkeit freiwilliger Standards. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Vier Pfoten, Thomas Pietsch, Hamburg  
Tel. 040 / 399 249 35  
eMail: thomas.pietsch@vier-pfoten.org

Quellen:  
www.presseportal.de/  
story.htx?firmid=17477

www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\_Data/docs/pressData/de/agricult/94040.pdf

## Newsticker

### Klimawandel bedroht Zugvögel

Der weltweite Klimawandel gefährdet nach Angaben des Sekretariats der Konvention zur Erhaltung wandernder Tierarten (CMS) potenziell 84 % der Zugvögel. Der Temperaturanstieg verändert nach Aussagen des WWF nicht nur das Zugverhalten der Tiere, sondern bedroht auch ihre Lebensräume. Weil immer mehr Zugvögel erst viel später als gewöhnlich oder gar nicht mehr wandern, verstärkte sich außerdem die Konkurrenz um Futter und Lebensraum mit allen sesshaften Vogelarten. Der WWF warnt, dass mittelfristig der Klimawandel zu einem erheblichen Rückgang von Zugvögeln und auch zum Aussterben von Arten führen könne. (bv)

Quellen: [www.wwf.de/?RDCT=7b02391875b165b83152](http://www.wwf.de/?RDCT=7b02391875b165b83152)

7b02391875b165b83152

Europe Information Service (EIS) 09.05.07

### Jagd auf Zypern und Malta verstößt gegen Vogelschutzrichtlinie

Entgegen einem Verbot durch die EG-Vogelschutzrichtlinie und trotz EU-weiter Proteste hat Zypern wie bereits zuvor Malta für mehrere Tage im Mai die Jagd auf Turteltauben freigegeben. Nach der EG-Vogelschutzrichtlinie ist die Frühjahrsjagd auf durchziehende und brütende Vogelarten nicht gestattet. Die Naturschutzorganisation BirdLife Europe schaltete in Brüssel die EU-Kommission ein und bat EU-Umweltkommissar Stavros Dimas entschlossen gegen Zypern vorzugehen. Gegen Malta hatte BirdLife bereits erfolgreich ein Vertragsverletzungsverfahren bei der Europäischen Kommission angestrengt, das demnächst beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhandelt wird. Die maltesische Regierung hat die umstrittene Frühjahrsjagdsaison auf Wachteln und Turteltauben inzwischen vorzeitig beendet. (bv)

Quellen: Euronatur Presseinfo 14.05.07, [www.birdlife.org/news/news/2007/05/cyprus\\_spring\\_hunting\\_announced.html](http://www.birdlife.org/news/news/2007/05/cyprus_spring_hunting_announced.html)

### Bundesumweltministerium legt Strategie zur biologischen Vielfalt vor

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat Mitte Mai den Entwurf einer nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zur Anhörung an die beteiligten Kreise versandt. Länder und Verbände sind nun aufgefordert Stellung zu nehmen und eigene Vorschläge einzubringen. Ziel der Strategie zur biologischen Vielfalt ist es laut BMU, alle gesellschaftlichen Akteure anzuspre-

chen und die Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln. (bv)

Quelle: BMU Pressedienst 18.05.2007

### Datenbank verschiedener Holzproben ermöglicht Rückschlüsse auf Herkunft

Zusammen mit der Firma Agroisolab und mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat der WWF eine Datenbank verschiedener Holzproben erstellt, die erstmals Rückschlüsse darauf ermöglicht, aus welchem Herkunftsland das Holz stammt. Die Analyseverfahren soll dazu beitragen, den Handel mit illegalem Holz aufzudecken und damit langfristig zu verhindern. Zurzeit sind mehrere hundert Probenstandorte erfasst. Die Methode wird voraussichtlich ab Anfang 2008 in ersten Regionen einsatzbereit sein. (bv)

Quelle: [www.wwf.de/?RDCT=481df05949ea658de232](http://www.wwf.de/?RDCT=481df05949ea658de232)

481df05949ea658de232

### EU-Staaten scheitern bei Eindämmung des illegalen Holzeinschlags

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten scheitert an der Umsetzung des EU-Aktionsplans FLEGT zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags. Dies geht aus dem jährlichen „Barometer“ des WWF hervor. Nur acht Mitgliedstaaten haben demnach „eingeschränkte Maßnahmen“ ergriffen, den FLEGT-Plan umzusetzen, der freiwillige Partnerschaften zwischen EU- und Drittstaaten sowie Entwicklungen von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung des Handels mit illegalen und nicht nachhaltigen Hölzern und Holzprodukten vorsieht. Großbritannien und Österreich haben laut WWF die besten Ergebnisse erzielt. (bv)

Quellen: ENDS Europe Daily, 30.04.07

WWF-Barometer:

[http://assets.panda.org/downloads/wwf\\_forest\\_government\\_barometer\\_iv\\_april\\_2007.xls](http://assets.panda.org/downloads/wwf_forest_government_barometer_iv_april_2007.xls)

### Bienensterben gefährdet

#### Landwirtschaft

Das Bienensterben in den USA hat mit rund einem Viertel der Bienenstöcke solche Ausmaße erreicht, dass in Washington Anhörungen vor dem Kongress stattfanden. Auch in Deutschland, Spanien und in der Schweiz grassiert das Bienensterben, für das es eine Reihe von Theorien gibt: die einseitige Agrarwirtschaft, der zurückgedrängte Naturraum, genmanipulierte Pflanzen sowie das Insektizid Imidacloprid, das eine Desorientierung der Tiere bewirkt. Ungeachtet der noch ungeklärten Ursachen für das dramatische Bienensterben

steht fest, dass das Immunsystem der Tiere geschwächt wird, wodurch sie für bestimmte Parasiten besonders anfällig sind. Der Verlust ist nicht nur für Imker bedrohlich, denn ein Drittel der menschlichen Nahrung ist direkt oder indirekt von den Bienen und ihrer Bestäubungsleistung abhängig. (bv)

[www.taz.de/dx/2007/05/25/a0123.1/text](http://www.taz.de/dx/2007/05/25/a0123.1/text)

Quelle: Der Standard 27.04.07

### Neue Methoden ersetzen Tierversuche

Das Europäische Zentrum zur Validierung alternativer Methoden hat Ende April fünf neue „Reagenzglas-Tests“ bekannt gegeben. Die Validierungen solcher In-vitro-Verfahren, bei denen die Alternativmethoden in Bezug auf das zu lösende Problem geprüft werden, haben mittlerweile mit dazu geführt, dass Haut- und Augenreizungsprüfungen nicht mehr an Kaninchen durchgeführt werden müssen. Die Tests gelten für eine Vielzahl von Produkten des täglichen Bedarfs, wie Spülmittel, Gesichtscremes oder Make-up. (bv)

Quelle: [www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7048\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7048_de.htm)

### Biodiversitätsforschung: Europäische IMoSEB-Regionalkonsultation

Ende April trafen sich Teilnehmer/innen der Europäischen Regionalkonsultation des Konsultationsprozesses „In Richtung eines Internationalen Mechanismus wissenschaftlicher Expertise zu Biodiversität“ (IMoSEB) in Genf. Dies war das dritte Treffen der Arbeitsgruppe in diesem Jahr, um ein öffentliches IMoSEB-Forum vorzubereiten. Das Forum soll die Kommunikation zwischen den Teilnehmern am Konsultationsprozesses verbessern, Interessenvertreter einbinden und die Öffentlichkeit über die Fortschritte informieren. (bv)

[www.imoseb.net](http://www.imoseb.net)

Weitere Quelle: [www.iisd.ca/yimb/imoseb3](http://www.iisd.ca/yimb/imoseb3)



### EU-Grünbuch Stadtverkehr im Visier deutscher Städte

#### DStGB veröffentlicht 10 Thesen zum Nahverkehr in der Region

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat Ende April ein Positionspapier zum geplanten EU-Grünbuch Stadtverkehr (EUR 04.07, S. 25) verabschiedet. Die zehn Thesen zum Nahverkehr beziehen sich nicht nur auf Großstädte, sondern auch auf kleine Städte. Außerdem beleuchten sie die Auswirkungen des Stadtverkehrs auf die Regionen.

Die Verfasser der Thesen betonen, dass kommunale Verkehrspolitik im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung sei. Der DStGB lobt mit Blick auf die EU, dass diese sich bei der Gesetzgebung auf ihren Kompetenzbereich beschränke. Allerdings solle die Union keine verkehrspolitischen Maßnahmen ergreifen, die im Widerspruch zu anderen Politikbereichen stehen, z. B. zum Binnenmarkt oder Umweltschutz.

#### Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum als Ziel behalten

Der kommunale Dachverband appelliert an die EU sich für das Ziel der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum einzusetzen. Die Basis dafür seien die Kapazitätsgrenzen von Verkehrswegen und -flächen in Städten. Die EU solle verstärkt den öffentlichen Personennahverkehr verbessern und den verschiedenen Verkehrsträgern stärker die von ihnen verursachten Kosten in Rechnung stellen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Marienstr. 6, 12207 Berlin  
Tel. 030 / 77307-0, Fax -222  
eMail: dstgb@dstgb.de  
www.dstgb.de

### Westeuropäische Bahnen wollen enger kooperieren

#### Ziel: Besserer Service, einheitliches Ticket für Auslandsreisen

Bis Ende des Jahres wollen sich sechs westeuropäische Bahngesellschaften zu einem „Railteam“ zusammenschließen. Die Unternehmen aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz sowie der britisch-französische Konzern Eurostar versprechen durch die Kooperation einen besseren Service für ihre Kunden. So plant das Bündnis beispielsweise die Fahrpläne besser aufeinander abzustimmen. Dann bräuchte ein Fahrgast von Frankfurt am Main nach Paris nur noch ein Ticket statt zwei.

#### Hochgeschwindigkeitszüge sollen dem Flugzeug Konkurrenz machen

Die Pläne der Bahnunternehmen entstanden in Folge des Ausbaus der westeuropäischen Hochgeschwindigkeitsnetze in den vergangenen Jahren. In Deutschland erstreckt sich das Netz für Züge ab 230 km/h Höchstgeschwindigkeit inzwischen auf 1.100 Kilometer. Bis Ende 2007 kommen einige Schnellverbindungen ins Ausland dazu, z. B. Berlin-Kopenhagen, Frankfurt-Wien, Frankfurt-Paris oder Stuttgart-Paris. Hier wollen die Bahnen dem Flugzeug Konkurrenz machen, da sich die Fahrzeit erheblich reduziert.

#### VCD: Grenzüberschreitender Nahverkehr wurde vergessen

Verbraucher- und Umweltverbände betrachten diese Pläne dennoch skeptisch. Denn die Versorgungslücken im grenzüberschreitenden Nahverkehr bestehen weiterhin. So fordert der VCD die Bahn auf, das komplette Netz im Blick zu behalten. Die Fahrgäste müssten schließlich auch mit dem Nahverkehr zu den Hochgeschwindigkeitsstrecken hinkommen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

### Europäische Verkehrs-Kredite heizen das Klima an

#### Über die Hälfte der EIB-Investitionen floss in Straßen- und Flugverkehr

Die Nichtregierungsorganisation CEE Bankwatch Network hat die Verwendung der Milliardenkredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Verkehrsprojekte im Zeitraum von 1996 bis 2005 analysiert. Nach der im April veröffentlichten Studie „Lost in transportation“ vergab die EIB insgesamt Darlehen im Umfang von 112 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon floss laut Studie in den Straßen- und Luftverkehr. In Osteuropa waren es sogar zwei Drittel.

#### Jeder dritte Euro für die Autoindustrie

Am meisten profitierte von den Krediten die Autoindustrie. Sie erhielt über 30 Prozent der weltweit vergebenen Industriekredite der EIB, das ist dreimal so viel wie jede andere Industriebranche.

Die EIB-Förderung hat Folgen für Umwelt und Klima: Allein der voraussichtliche jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß von EIB-finanzierten Flughafenerweiterungen, z. B. in London-Heathrow, Amsterdam-Schiphol oder Madrid, sei größer als der gesamte individuelle CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Schweiz, heißt es in der Studie.

#### EIB-Kredite kontra Weißbuch Verkehr

Damit, so eine Schlussfolgerung der Autoren, treibt die Kreditvergabe der EIB den Klimawandel weiter voran. Außerdem trage dies nichts zu den fortschrittlichen Zielen des Weißbuchs Verkehr der EU bei. CEE Bankwatch nannte hier vor allem die Verkehrsverlagerung und die Entkopplung von Mobilität und Wirtschaftswachstum. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

CEE Bankwatch Network, Jicínská 8, CZ - 130 00 Prag 3  
eMail: main@bankwatch.org  
www.bankwatch.org

Studie: CEE Bankwatch Network (ed.): „Lost in transportation - the European Investment Bank's bias towards road and air transport“ (PDF, 64 S., 1,7 MB)  
www.bankwatch.org/documents/lost\_in\_transport.pdf

## EU-Parlament will strengere Sicherheitsregeln für Meere

### Erika-III-Paket soll Unfälle vermeiden helfen

Das Europäische Parlament hat am 18. April 2007 in erster Lesung ▼ dem dritten Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Seesicherheit der EU-Kommission zugestimmt. Das Maßnahmenbündel soll die EU-weiten Sicherheitsregeln für das Meer stärken. Das als „Erika III“ bekannte Paket soll die Vermeidung von Schiffsunfällen und Verschmutzungsvorfällen unterstützen.

### Abgeordnete verschärfen Inspektionsregeln

Das Parlament nahm in Straßburg die letzten fünf der sieben Gesetzesvorschläge an, nachdem es den ersten beiden bereits Ende März zugestimmt hatte. Die Abgeordneten folgten weitgehend dem Verkehrsausschuss, der bereits Anfang des Monats über das Paket abgestimmt hatte. Eine breite Unterstützung gab das Parlament während des Plenums Mitte April den Vorschlägen zur Kontrolle durch den Hafenstaat, zur Einrichtung eines Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr, zu Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen, zur zivilen Haftung und zu Inspektions-Institutionen. Dabei votierte das Parlament für ein konsequenteres Inspektionsregime.

### Ausnahmen für Binnenpassagierschiffe

Die Parlamentarier/innen stimmten auch über zwei kontroverse Änderungen bei der Haftung ab. Die erste bewahrt Kapitäne und Besatzung davor, im Falle größerer Unfälle strafrechtlich belangt zu werden. Die andere nimmt Passagierschiffe von strengeren Haftungsregeln aus, wenn sie in Binnengewässern fahren.

Wichtige Teile des Pakets können nun durch den EU-Ministerrat bis Juli angenommen werden. Wenn der Rat einen gemeinsamen Standpunkt ▼ gefunden hat, geht das Paket in die zweite Lesung des Europäischen Parlaments. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily 25.04.07; Pressemitteilung des EU-Parlaments: [www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/062-5731-113-04-17-910-20070420IPRO5677-23-04-2007-2007-false/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-5731-113-04-17-910-20070420IPRO5677-23-04-2007-2007-false/default_en.htm)

## Meerespolitikkonferenz ohne Konkretes zum Umweltschutz

### Umweltverbände kritisieren

#### „Wirtschaftslobby-Veranstaltung“

Drei Tage lang haben Expert/innen bei einer europäischen Konferenz über „Die künftige Meerespolitik der EU“ debattiert. Die Konferenz vom 2. bis 4. Mai in Bremen war der zentrale Beitrag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu dem Konsultationsprozess, den die Europäische Kommission vor einem Jahr mit der Veröffentlichung ihres Grünbuchs zur künftigen EU-Meerespolitik begonnen hatte. Ziel der Veranstaltung war es laut Bundesregierung, den Dialog über den Mehrwert einer integrierten Meerespolitik zu fördern, neue Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung im Meeresbereich aufzuzeigen und eine Zwischenbilanz des laufenden Konsultationsprozesses zu ziehen.

### Merkel betont ökonomische Aspekte

Nach Einschätzung von Umweltverbänden ist jedoch die Integration der Meeresumwelt in die EU-Meerespolitik nicht gelungen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte in ihrer Eröffnungsrede auch hauptsächlich die wirtschaftsbezogenen Aspekte der Meere, wie die Tiefwasserförderung von Erdöl und Erdgas, die Öl- und Gasressourcen in den eisbedeckten Gebieten der Arktis und den Ausbau der Offshore-Windenergie in der Nord- und Ostsee.

### „Bremer Erklärung“ verabschiedet

Die Konferenz endete mit einer „Bremer Erklärung“ zur EU-Meerespolitik. Darin wird u. a. gefordert:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze;
- bessere Zusammenarbeit zwischen EU- und nationalen Ebenen,
- bessere Integration der das Meer betreffenden Politikbereiche sowie der Politikmaßnahmen für Land und See;
- gemeinsame Verantwortung für die Meere: u. a. international verbindliche Regelung von Umwelt- und Sicherheitsvorschriften für Schiffe und Besatzungen;
- höhere Attraktivität für das Leben an der Küste;
- Einrichtung einer zentralen Stelle zur Koordination von Forschungsprojekten.

### Zur Meeresumwelt nichts Greifbares

Konkrete Beschlüsse zum Umweltschutz enthält die „Bremer Erklärung“ nicht. Zwar

zeigten sich die Konferenzteilnehmer/-innen einig, dass eine gesunde Meeresumwelt „unabdingbar für die Lebensqualität der Menschen“ ist, doch der „nachhaltige Schutz und Erhalt des Ökosystems der Ozeane und Meere“ wurde lediglich als Voraussetzung für die „wirtschaftliche Nutzung der Ressource Meer“ bezeichnet. Die Schifffahrt wird als ein Verkehrsträger mit „umweltfreundlichen und energieeffizienten Potenzialen“ bezeichnet.

### Scharfe Kritik von WWF und AKN

Umweltorganisationen wie WWF, Aktionskonferenz Nordsee (AKN) und Greenpeace kritisierten die Veranstaltung als „Jahrmärkte der Plünderer“ (WWF) und „Wirtschaftslobby-Veranstaltung, bei der Umweltaspekte nur als Lippenbekenntnis formuliert wurden“ (AKN). Man habe „den Schutz der Umwelt ausgeklammert“ (Greenpeace). WWF und AKN warfen der Industrie „mangelnde Verantwortung“ für die Meere vor. So habe die deutsche Hafenwirtschaft die Aufhebung von Umweltstandards beim Ausbau von Häfen und Flüssen an der Nordsee gefordert.

Neben fehlenden Zielen zum Schutz der Meere und der Fischbestände, der Auslassung strittiger Themen wie Sand- und Kiesentnahme und der Sicht von Meeren als „Meeresautobahnen“ wurde auch die Vereinnahmung durch die Veranstalter kritisiert. So distanzierte sich die AKN davon, dass das Verkehrsministerium die Bremer Erklärung als Konsens bezeichnet hatte. Die „konsensfähigen Themen und möglichen Aktionen“ seien nicht mit den Teilnehmer/innen der Konferenz abgestimmt worden. „Mit Partizipation oder integriertem Ansatz hat das leider nichts zu tun“, kritisierte AKN-Sprecherin Nadja Ziebarth.

Schon seit Veröffentlichung des Grünbuchs mit der Auslagerung des Umweltschutzes in eine separate thematische Strategie zum Schutz und Erhalt der Meeresumwelt gibt es harsche Kritik von Umweltexpert/innen. Das Konsultationsverfahren zum Grünbuch läuft noch bis Ende Juni 2007. Weitere politische Schritte werden dann unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2007 erwartet. (jg) ■

### • Weitere Informationen

[www.bmvbs.de/EU-Ratspraesident-schaft/Termine-.2623.994977/](http://www.bmvbs.de/EU-Ratspraesident-schaft/Termine-.2623.994977/)  
Die-kuenftige-Meerespolitik-de.htm  
[www.aknev.org](http://www.aknev.org), [www.wwf.de/meere](http://www.wwf.de/meere)

## Konsultation zu Aquakulturen

### EU-Kommission bittet um Kommentare bis zum 15. Juli

► Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur „nachhaltigen Zukunft der Aquakultur“ eröffnet. Damit soll der wachsenden Bedeutung dieser Art der Fischzucht Rechnung getragen werden. Sowohl die Branche als auch Verbraucher/innen sollten den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen können, ohne die Umwelt zu vernachlässigen, so die EU-Kommission. Bis zum 15. Juli können Kommentare eingereicht werden.

### Große Bandbreite ökologischer Probleme

Das Konsultationspapier deckt eine große Bandbreite an Fragen ab:

- die ökonomische Zukunft von Aquakulturen;
- ökologische Herausforderungen für die Branche;
- die öffentliche Gesundheit
- Tierschutz und Tiergesundheit;
- neue Arten für die Fischzucht;
- technologische Entwicklung
- Raumplanung;
- EU-Unterstützung für Nachhaltigkeit;
- die Rolle der Forschung.

Die Kommentare können per eMail oder schriftlich per Post eingereicht werden (jg) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Fischerei, Aquakultur/Konsultation, Unit C4 - Aquaculture, 99 rue Joseph II, B-1049 Brüssel  
eMail:  
fisheries-aquaculture-consultation@ec.europa.eu

Konsultation im Internet:  
[www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/governance/consultations/consultation\\_100507\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/governance/consultations/consultation_100507_en.htm)

Siehe auch: Chemikalien in Aquakulturen, EUR 04.04, S. 28  
[www.dnr.de/publikationen/eur/artikel.php?id=97](http://www.dnr.de/publikationen/eur/artikel.php?id=97)

## NABU fordert Schutzstatus für Dorn- und Heringshai

### Internationale

#### CITES-Artenschutzkonferenz im Juni

Mit Blick auf die 14. Konferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) vom 3. bis 15. Juni in der niederländischen Hauptstadt Den Haag hat der Naturschutzbund (NABU) strenge Schutzmaßnahmen für den durch Überfischung stark gefährdeten Dorn- und Heringshai gefordert.

#### Ein Drittel der fast 500 Haiarten vom Aussterben bedroht

Nach NABU-Angaben ist im Nordwest-Atlantik die Zahl der geschlechtsreifen Dornhai-Weibchen in nur zehn Jahren um 75 Prozent zurückgegangen. Insgesamt drohten einem Drittel der fast 500 Haiarten das Aus. Zwar wurde der Schutz von Dorn- und Heringshai in der EU Fortschritte gemacht, aber um den CITES-Schutzstatus zu erreichen, müssen zwei Drittel der 169 Vertragsstaaten in Den Haag dem Antrag Deutschlands zustimmen.

#### Schutzbestrebungen auch für Weißen Hai und Schwertfisch

Der Naturschutzbund fordert darüber hinaus den Schutz des Weißen Hais. Der Verband hat dazu das Forschungsprojekt „Shark Tracker“ ins Leben gerufen. ● Kenia, Nicaragua und die USA wollen in Den Haag außerdem einen CITES-Schutzstatus für die Sägefische erreichen, deren „Säge“ in der traditionellen chinesischen Medizin verwendet oder als Touristenattraktion verkauft wird. Bei der CITES-Konferenz werden rund 2000 Teilnehmer/innen erwartet. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Heike Finke  
mobil: 0179 / 1102513  
eMail: [heike.finke@nabu.de](mailto:heike.finke@nabu.de)  
[www.shark-tracker.com](http://www.shark-tracker.com)

## Rekord-Artenschwund in Seen, Flüssen und Feuchtgebieten

### Naturschutz-Bündnis: Lebensraum Süßwasser wird vernachlässigt

In keinem anderen Lebensraum schreitet der Artenschwund so stark voran wie in Flüssen, Seen und Feuchtgebieten. Dies meldet der WWF mit Berufung auf den Living-Planet-Index. Einen der Hauptgründe dafür sieht die Skukuza Freshwater Group, ein Zusammenschluss von Naturschutzorganisationen, darin, dass bei der Ausweisung von Nationalparks und Schutzgebieten speziell auf die Süßwasserarten ausgerichtete Kriterien nur unzureichend berücksichtigt werden.

### Hohe natürliche Dynamik besonders anfällig für menschliche Eingriffe

Der zur Skukuza-Gruppe gehörende WWF wies Mitte Mai darauf hin, dass bereits rund ein Fünftel aller Süßwasser-Fischarten und sogar mehr als ein Drittel aller Schildkrötenarten vom Aussterben bedroht sind. Im Gegensatz zu anderen Gebieten veränderten sich die Lebensbedingungen an Flüssen oder in Feuchtgebieten aufgrund ihrer natürlichen Dynamik drastisch, z. B. durch Erosion oder durch saisonale Überflutungen. Werde diese Dynamik gestört oder gestoppt, verlieren die heimischen Arten ihre vielfältigen Lebensräume und begäben sich auf den Rückzug.

### Hauptursachen sind wirtschaftliche Aktivitäten

Die Artenvielfalt des Süßwassers sei vor allem durch fünf vom Menschen verursachte Faktoren bedroht, so WWF-Süßwasserexperte Martin Geiger: Wasserentnahme, Verschmutzung, Infrastrukturmaßnahmen wie Dämme, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie Überfischung und das Einbringen fremder Arten, die heimische Tiere und Pflanzen verdrängen. Verstärkt werde der zunehmende Schwund an Artenvielfalt durch den Klimawandel, der für höhere durchschnittliche Wassertemperaturen Sorge und der dazu führe, dass der Druck auf die natürliche Ressource Wasser noch weiter steige. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Süßwasserexperte  
Martin Geiger, Rebstöcker Str. 55,  
60326 Frankfurt am Main  
Tel. 069 / 79144140  
eMail: [geiger@wwf.de](mailto:geiger@wwf.de)  
[www.wwf.de](http://www.wwf.de)

## Newsticker

### **Dürre in Italien: Papst wirbt für „neue Lebensstile“, WWF für Ökolandbau**

Nachdem Italien im April nach extremer Hitze den „Wassernotstand“ ausrufen musste, hat sich Papst Benedikt XVI. zum Thema Klimawandel geäußert und „neue Lebensstile“ gefordert, die sich am Respekt vor der Natur orientieren müssten. Der Wassermangel führte nach Angaben der italienischen Regierung nicht nur zu Problemen in der Landwirtschaft, sondern auch bei der Stromversorgung, weil die Wasserstände nicht mehr für die Stromgewinnung ausreichten. Besonders betroffen war die norditalienische Po-Ebene. Die italienische Umweltorganisation Legambiente kritisierte das „völlig veraltete“ Wasserleitungssystem mit vielen Lecks. Der WWF verwies auf eine Studie von Mitte 2006 über den potenziell von Dürren betroffenen gesamten Mittelmeerraum und forderte eine den natürlichen Gegebenheiten angepasste Landwirtschaft. Allein in Italien würden 1,6 Millionen Hektar künstlich bewässert, unter anderem um mithilfe von EU-Subventionen für die Region untypische und wasserintensive Feldfrüchte wie Früh-Erdbeeren, Zuckerrüben und Mais zu produzieren. (jg)

Quellen: [www.wwf.de](http://www.wwf.de) (27.04.07), [www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/768/111657](http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/768/111657)

### **EU-Kommission: Leitlinien für Natura-2000-Gebiete in den Meeren**

Die EU-Kommission hat Anfang Mai Leitlinien zur Einrichtung eines Natura-2000-Meeresschutzgebiete-Netzwerkes veröffentlicht. Auf 112 Seiten wird der Kontext der EU-Gesetze dargestellt (z. B. Überschneidungen mit anderen Regelungen wie Fischereipolitik, internationale Abkommen). Außerdem gibt es eigene Kapitel über Methoden zur Auswahl Natura-2000-gereigneter Gebiete und ihre spätere Betreuung. Mehrere Anhänge tragen Definitionen für marine Habitattypen zusammen oder listen die existierenden Habitattypen der verschiedenen Mitgliedstaaten auf. Außerdem werden positive Beispiele aus der Praxis zusammengefasst und es wird über themenspezifische LIFE-Projekte berichtet. Die Dokumente sind im Internet zu finden. (jg)

[www.ec.europa.eu/environment/nature/nature\\_conservation/natura\\_2000\\_network/marine\\_issues/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/nature/nature_conservation/natura_2000_network/marine_issues/index_en.htm)

### **EU-Fischereiministerrat am 7./8. Mai: Tunfisch und Aal bleiben ohne Schutz**

Der Europäische Aal und der Rote Tunfisch müssen weiter auf EU-Regelungen zur Sicherung der Bestände warten. Die Agrar- und Fischereiminister der EU verschoben bei ihrer Ratssitzung am 7. und 8. Mai die Entscheidung auf den Juni. Wieder konnten die großen Fischereinationen Frankreich und Spanien sich nicht durchringen, einer Regelung zuzustimmen. Aal und Tun gehören zu den überfischten Arten. Besonders die jungen Glasaale sind ein Exportschlager. Dafür nahm der Rat einen Mehrjahresplan zur Auffrischung der Schollenbestände und eine Verordnung zum Schutz der Bestände weit wandernder Fischarten an. Das nächste Treffen der Agrarminister findet am 11. und 12. Juni in Luxemburg statt. (jg)

Quelle: 2797. Tagung des Agrarrats, [www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=414&lang=de](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=414&lang=de)

### **Erwärmung im Nordostatlantik verschärft Druck auf Kabeljau**

Der Nordostatlantik wird durch den Klimawandel wärmer, was die Lebensbedingungen für die ohnehin schon von Überfischung bedrohten Kabeljaubestände weiter gefährdet. Darauf weist der WWF in einer neuen Studie hin. Der Klimawandel treffe den Nordostatlantik und hier insbesondere die Nordsee besonders stark. Experten maßen in der Nordsee seit 1993 einen jährlichen Temperaturanstieg von 0,13 Grad Celsius, die Gesamttemperatur ist laut Studie mittlerweile um 1,7 Grad angestiegen. Für den gesamten Nordostatlantik kämen Klimamodelle auf eine Erwärmung um 0,5 bis 1 Grad Celsius im Laufe des 21. Jahrhunderts. Da wärmere Meere das Nahrungsangebot für Fischlarven beeinträchtigen, wachsen diese langsamer, ihre Überlebenschancen sinken. Die Folgen der Meerenserwärmung müssten in der Fischereipolitik berücksichtigt werden, forderte der WWF. Außerdem müsse der CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch reduziert werden. (jg)

Quelle: [www.wwf.de/?RDCT=ac6ab74df1d8c0b4eb28](http://www.wwf.de/?RDCT=ac6ab74df1d8c0b4eb28)

### **Importstopp für illegal gefangene Fische in Nordostatlantikhäfen**

Die Europäische Kommission hat die am 1. Mai in Kraft getretene Hafenstaatkontrollregelung begrüßt, die die Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik (NEAFC) im November 2006 einstimmig

angenommen hatte. Seit diesem Datum müssen Schiffe aus Drittländern, die Anlandungen von gefrorenem Fisch anmelden, eine Erklärung des Kapitäns über die an Bord befindlichen Fänge beifügen. Die Anlandung in Häfen von NEAFC-Mitgliedern darf erst genehmigt werden, wenn der Flaggenstaat seiner Verpflichtung zur Überprüfung dieser Erklärung nachgekommen ist. Nachdem die erforderlichen Kontroll- und Kommunikationssysteme in den letzten Wochen erfolgreich getestet wurden, könne die Regelung nunmehr praktisch umgesetzt werden, so die EU-Kommission. (jg)

Quelle:

[www.ec.europa.eu/fisheries/press\\_corner/press\\_releases/com07\\_35\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/fisheries/press_corner/press_releases/com07_35_de.htm)

### **Schutz von Walen und Delfinen: Offener Brief an Angela Merkel**

In einem Offenen Brief haben drei deutsche Naturschutzverbände die amtierende EU-Ratspräsidentin Angela Merkel Ende April aufgefordert, sich wirkungsvoll für das Überleben der bedrohten Meeressäuger in EU-Gewässern einzusetzen. Nach Ansicht des Naturschutzbundes (NABU), der Gesellschaft zur Rettung der Delphine (GRD) und der Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugtiere (GSM) wirkt die EU durch ihre einseitig an den kurzfristigen Interessen der Fischerei orientierte Politik direkt an der Ausrottung von Walen und Delfinen mit. Anlass des Briefes war die Anfang Mai stattfindende Meerespolitikkonferenz in Bremen (siehe Seite 28). (jg)

● GSM, Petra Deimer, Quickborn, Tel. 04106 / 4712, [www.gsm-ev.de](http://www.gsm-ev.de)

■

## Veröffentlichungen

### Brüsseler 1×1 auf Englisch erschienen: „Brussels Basics“

Unter dem Titel „Brussels Basics - How does the EU work?“ hat die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzinges (DNR) die englische Übersetzung der Broschüre „Brüsseler 1×1“ als PDF veröffentlicht. Die im deutschen Original bereits in der dritten Auflage erschienene Publikation führt kurz und prägnant in die Strukturen und Politikprozesse der Europäischen Union ein. Adressen und Kontakte vom EU-Parlament, Kommissionsbeamten und Ratsmitarbeiter/innen machen das Brüsseler 1×1 zu einem wichtigen Arbeitsmittel für alle, die zu europäischen Themen arbeiten. (ms)

„Brussels Basics - How does the EU work?“  
Kostenfreier Download (PDF, 69 Seiten, 440 kB):  
[www.eu-koordination.de/PDF/BrusselsBasics.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/BrusselsBasics.pdf)

### Infoheft zum Rat der Europäischen Union auf Englisch

Auch das DNR-Infoheft zum Rat der Europäischen Union und zu den Tätigkeiten einer EU-Ratspräsidentschaft ist ins Englische übersetzt worden und steht auf den Internetseiten der EU-Koordination zur Verfügung. (jg)

DNR (ed.): „The Council in Context: A Guide to the Council of the European Union“;  
Download (PDF, 27 S., 340 kB):  
[www.eu-koordination.de/PDF/Ratsheft\\_eng\\_End.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/Ratsheft_eng_End.pdf)

### „Bauern für die Zukunft“ - Alternativen zur Agroindustrie

Im Buch „Bauern für die Zukunft“ wird zunächst die Geschichte der Landwirtschaft beschrieben. Die Soziologin Silvia Pérez-Vitoria zeigt auf, dass Bauern und Bäuerinnen seit je Garanten für Solidarität und ökologisches Gleichgewicht sind. Die industrielle Landwirtschaft habe dagegen enge Grenzen. Initiativen und Bewegungen aus Ländern des Südens, aber auch Europas zeigen, wie es auch anders gehen kann. Aus den Wertvorstellungen, die die Bauernschaft immer noch verkörpert, erschließt sich ein Reservoir an Möglichkeiten, von denen auch andere gesellschaftliche Gruppen lernen können. Die französische Autorin kritisiert nicht nur die industrielle Landwirtschaft, sie analysiert auch die Alternativen wie den „fairen

Handel“, den sie in Frage stellt. Auch dieser arbeite mit Marketingstrategien, die die weltweite Gleichschaltung förderten. Als wirkliche Alternativen zum agroindustriellen Modell sieht sie dagegen Initiativen zur Erhaltung des Saatguts, die Wertschätzung bäuerlicher Kenntnisse und das Knüpfen sozialer Beziehungen untereinander und zu anderen Gesellschaftsgruppen. Eine nach Themen sortierte Bibliographie rundet das Buch ab. (jg)

Silvia Pérez-Vitoria: Bauern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung, Rotpunktverlag, Zürich 2007, 254 Seiten, 22,- Euro, ISBN 978-3-85869-342-6

### „Lobby Planet Brüssel“ in erweiterter Neuauflage

Die für mehr Transparenz eintretende Initiative LobbyControl hat ihre Broschüre über die Lobbyisten-Szene in Brüssel überarbeitet. Die neue Auflage wurde aktualisiert und leicht erweitert. Sie greift jüngste Ereignisse auf wie die Entlassung des SPD-Abgeordneten und Energielobbyisten Rolf Linkohr als Sonderberater von Energiekommissar Andris Piebalgs. Neu aufgenommen wurde ein Abschnitt über die Präsenz von Bertelsmann in Brüssel. Der Medienkonzern und seine einflussreiche Stiftung verfügen über ein gut ausgebautes Lobbyistennetz in Europa, unter anderem über den CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok. Aktuell spielt die Bertelsmann-Stiftung eine wichtige Rolle bei der Förderung der europäisch-amerikanischen Beziehungen und speziell eines neuen transatlantischen Wirtschaftsabkommens. Weitere Themen im „Lobby Planet“ sind:

- die Netzwerke marktradikaler Denkfabriken und ihre Verbindungen zur Industrie (ergänzt: Finanzierung von „Klimaskeptikern“ durch ExxonMobil);
- die massive Kampagne namentlich der deutschen Chemieindustrie gegen die neue Chemikalienverordnung REACH (aktualisiert);
- die irreführende „Campaign for Creativity“, die mit Unterstützung von Microsoft und SAP für Softwarepatente warb, und das Scheitern ihrer Neuauflage (aktualisiert);
- die von Schröder und Chirac initiierte und gemeinsam mit Großunternehmen gegründete Denkfabrik Bruegel;
- viele weitere Beispiele für den wachsenden Einfluss der Lobbyisten.

(mb)

LobbyControl (Hrsg.): „Lobby Planet Brüssel“, Köln 2007, 36 S., 2,50 Euro; Bezug: [www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel](http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel)

### WWF-Studie „Climate Solutions“: Low-Carbon-Gesellschaft ist möglich

In der im Mai veröffentlichten Studie „Climate Solutions“ legt der WWF dar, dass der globale Wechsel zur „Low-Carbon“-Gesellschaft möglich ist: Die Energienachfrage der Erde kann sich bis 2020 verdoppeln und trotzdem kann der Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius begrenzt werden. Allerdings müssen dafür in den nächsten fünf Jahren die Weichen gestellt werden - insbesondere für mehr Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Wichtig dafür seien klare Ziele für Regierungen sowie groß angelegte Investitionen, so die englischsprachige Studie. (jg)

WWF (ed.): „Climate Solutions“ (PDF, 102 S., 2,3 MB):  
[www.wwf.org.uk/filelibrary/pdf/climatesolutionreport.pdf](http://www.wwf.org.uk/filelibrary/pdf/climatesolutionreport.pdf)

### AKW-Stillegungsfonds in Europa

Das Wuppertal Institut hat im Auftrag der EU-Kommission untersucht, wie die verschiedenen Mitgliedstaaten die Stilllegung von AKW finanzieren wollen. Es geht dabei z. B. um die Schätzung und Steuerung der Kosten für Rückbau, Dekontamination oder den Umgang mit den abgebrannten Brennelementen. Außerdem wurden Fragen gestellt wie: Wie werden die Mittel zur Finanzierung gesammelt, wie die Fonds verwaltet? Was geschieht mit den Mitteln, bis sie für ihren eigentlichen Zweck benötigt werden? Die Studie beschreibt auch Vorschläge, wie bei Bedarf genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden können, denn für diesen Fall müssten sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten weitere Maßnahmen ergriffen werden. (jg)

Wuppertal Institut (Hrsg.): Comparison among different decommissioning funds methodologies for nuclear installations; Kurzbeschreibung (dt.), Download (engl.): [www.wupperinst.org/de/projekte/proj/?projekt\\_id=167](http://www.wupperinst.org/de/projekte/proj/?projekt_id=167)

■

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ~200-500 kB): [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

### Titel/Thema

Europa vor der Energiewende? Aktuelles zur EU-Energiepolitik	Ausgabe II/2007
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfad	I/2007
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## Nützliches im Netz

### Datenbank für Verträge der Europäischen Union

Die EU-Kommission hat eine Datenbank eingerichtet, in der sämtliche Verträge der EU aufgelistet sind. Die englischsprachige Datenbank enthält nicht nur die intern gültigen wie EG-Vertrag, EURATOM etc., sondern auch bilaterale und multilaterale Abkommen, die Organisationen, Institutionen usw., in denen die EU Mitglied ist, und vieles mehr. Die Daten können auch nach Themen sortiert werden, sodass z. B. alle Verträge zum Thema „Umwelt“ (mit Untergruppen wie „Abfall“ etc.) untereinander erscheinen. (jg)

Datenbank:

[www.ec.europa.eu/world/agreements/default.home.do](http://www.ec.europa.eu/world/agreements/default.home.do)

Datenbank sortiert nach Thema:

[www.ec.europa.eu/world/agreements/searchByActivity.do?parent=8515&xmlname=754&actName=Environment&printAcivity=](http://www.ec.europa.eu/world/agreements/searchByActivity.do?parent=8515&xmlname=754&actName=Environment&printAcivity=)

### Europäisches Referendum zur Verfassung

► Unter [www.europeanreferendum.eu](http://www.europeanreferendum.eu) können Interessierte seit Anfang Mai ihre Unterschrift für ein Bürgerbegehren über die EU-Verfassung abgeben. Auf der Internetseite sind auch die unterstützenden Organisationen bzw. Einzelpersonen nachzulesen. Von Umweltseite unterstützt beispielsweise die italienische Organisation Legambiente das Referendum. (jg) [www.europeanreferendum.eu](http://www.europeanreferendum.eu)

### Biofuelwatch-Kampagne

► Die zur Kampagne „Biofuelwatch“ zusammengeschlossenen Organisationen betreiben eine Internetseite mit der Möglichkeit, sich u. a. per Blog aktiv zu beteiligen. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Informationen über die politischen Entwicklungen zu Biokraftstoffen. Biofuelwatch will Nachhaltigkeitskriterien für die Nutzung und den Anbau von Biokraftstoffen in der EU und international durchsetzen. (jg)

[www.biofuelwatch.org.uk](http://www.biofuelwatch.org.uk)



## Ausschreibung

### Europäischer Solarpreis - Einsendeschluss 31. Juli

► Seit 1994 verleiht Eurosolar die Deutschen und Europäischen Solarpreise an beispielhafte Initiativen zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Bis zum 31. Juli werden Bewerbungen und Vorschläge für auszeichnungswürdige Projekte und Personen entgegengenommen. Es geht dabei um herausragende innovative und kreative Leistungen für die Verbreitung Erneuerbarer Energien. In den vergangenen dreizehn Jahren wurden europaweit ca. 280 Preisträger aus rund 2500 vorgeschlagenen Projekten ausgezeichnet.

Die Preisvergabe erfolgt in verschiedenen thematischen Kategorien:

- Städte/Gemeinden, Landkreise oder Stadtwerke;
- Industrielle, kommerzielle oder landwirtschaftliche Betriebe/Unternehmen;
- Lokale oder regionale Vereine als Förderer von Projekten für Erneuerbare Energien;
- Solares Bauen;
- Medien;
- Transportsysteme mit Erneuerbaren Energien;
- Bildung und Ausbildung;
- Eine-Welt-Zusammenarbeit;
- Sonderpreis für besonderes persönliches Engagement.

Aus den Vorschlägen, die auf nationaler Ebene eingereicht und prämiert werden, wählt eine europäische Jury die Preisträger der Europäischen Solarpreise aus. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Eurosolar - Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V., Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 3623-73, -75  
Fax 0228 / 3612-79, -13  
eMail: [info@eurosolar.org](mailto:info@eurosolar.org)

Vorschläge aus Österreich:  
Eurosolar Austria, Wien  
Fax 01 / 7992889  
eMail: [info@eurosolar.at](mailto:info@eurosolar.at)

Informationen zum Bewerbungsverfahren und Online-Anmeldeformular:  
[www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet:  
[www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet:  
[www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks)  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

29./30.6., Berlin  
**Infrastrukturkonferenz Afrika - strategische Jahresplanung**  
Forum Umwelt und Entwicklung, AG Wasser, Michael Bender, Berlin  
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33  
[wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de)  
[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

5.7., Berlin  
**Biodiversität und nachhaltige Entwicklung in Japan und Europa**  
Symposium; Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB), Tatjana Wonneberg  
Tel. 030 / 83907-153, Fax -220  
[twonneberg@jdzb.de](mailto:twonneberg@jdzb.de)  
[www.jdzb.de](http://www.jdzb.de)

12.-15.7., München  
**Velo-city 2007 - From Vision to Reality**  
Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation  
Kaulen Planning Office, Aachen  
Tel. 0241/ 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)

30.7.-12.8., Italien  
**Italienische Reise nach Utopia**  
Seminar-Rundreise; Hand in Hand Beratung, Dieter Halbach, Bandau  
Tel. 039000-90862, Fax -51232  
[d.halbach@siebenlinden.de](mailto:d.halbach@siebenlinden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

12.-18.8., Stockholm  
**Stockholm Water Week**  
SIWI, Stockholm  
Tel. 0046 8 / 52213960  
[sympos@siwi.org](mailto:sympos@siwi.org)  
[www.siw.org](http://www.siw.org)  
[www.worldwaterweek.org](http://www.worldwaterweek.org)

19.8.-16.9., Poppau (Sachsen-Anhalt)  
**Ecovillage Design Education**  
Int. Seminar; Ökodorf e.V., Kosha Joubert  
Tel. 039000 / 512-35, Fax -32  
[kosha@siebenlinden.de](mailto:kosha@siebenlinden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

6./7.9., Erfurt  
**1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen**  
nova-Institut, Michael Carus, Hürth  
Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83  
[michael.carus@nova-institut.de](mailto:michael.carus@nova-institut.de)  
[www.nova-institut.de](http://www.nova-institut.de)

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart  
**Fortschritte im Biogas**  
Int. Konferenz; IBBK, Kirchberg/Jagst  
Tel. 07954 / 9262-03, Fax -204  
[conference@biogas-zentrum.de](mailto:conference@biogas-zentrum.de)  
[www.biogas-zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-zentrum.de/ibbk)

18.-20.10., München  
**8. Weltumweltsteuerkonferenz**  
Förderverein Ökologische Steuerreform  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
[foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)  
[www.worlddecotax.org](http://www.worlddecotax.org)

11.-15.11., Rom  
**20th World Energy Kongress**  
World Energy Council, London  
Tel. 00442 / 0773459-96, Fax -26  
[www.rome2007.int](http://www.rome2007.int)  
(fh, mb) ■

**EU-Sitzungstermine****1. Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)****Deutsche Ratspräsidentschaft  
Erstes Halbjahr 2007 (1.1.-30.6.)****Juni**

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
12./13.*	Inneres/Justiz
18./19.*	Außenminister
28.*	Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

**Portugiesische Ratspräsidentschaft  
Zweites Halbjahr 2007 (1.7.-30.12.)**[www.eu2007.pt/ue/aen/reunioes\\_eventos](http://www.eu2007.pt/ue/aen/reunioes_eventos)**2. Termine des Europäischen Parlaments****Plenarwochen/Plenartermine**

6./7.6., 18.-21.6.

9.-12.7.

3.-6.9., 24.-27.9.

10./11.10., 22.-25.10.

12.-15.11., 28./29.11.

10.-13.12.

in Straßburg (einzelne Sitzungen in Brüssel)

**Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments**

Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

Juli: 16. n, 17. v

September: 11. n, 12. v+n, 13. v

Oktober: 2. v+n\*, 3. v\*, 8. n, 9. v+n

November: 21. n, 22. v+n, 26. n, 27. v

Dezember: 19. v+n

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

\* vorbehaltlicher Termin

(mb) ■

**• Weitere Informationen**[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6.2007):  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)Portugiesische EU-Ratspräsidentschaft (1.7.-31.12.2007):  
[www.eu2007.pt](http://www.eu2007.pt)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:

[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:

[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache. Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadressen der EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.].

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.eur-lex.europa.eu](http://www.eur-lex.europa.eu)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

Weitere Informationen auf unserer Seite [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Brüsseler 1×1)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zurzeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.
- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, 3. Aufl., Berlin 2007, 96 S., kostenlos; PDF-Download (920 kB): [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Brüsseler 1×1“)

„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.eu-koordination.de/?page=51](http://www.eu-koordination.de/?page=51) („Der Rat der EU“)

Hrsg./Bezug beider Hefte (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

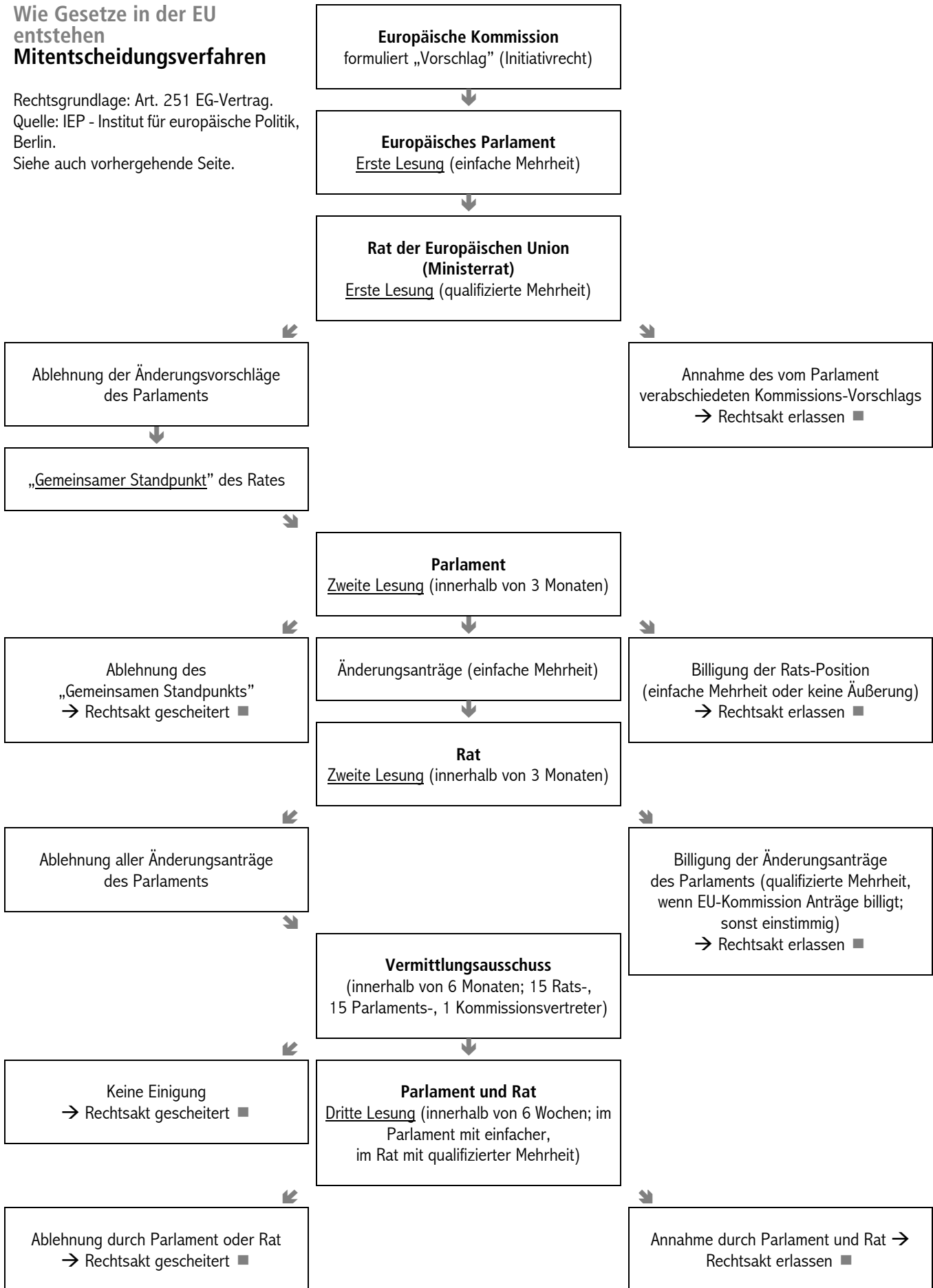
2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113](http://www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113)

**Wie Gesetze in der EU entstehen**  
**Mitentscheidungsverfahren**

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
 Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
 Siehe auch vorhergehende Seite.



## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von über 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten, einigen der potenziellen Bewerber und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB mehr als 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn Grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Bewerber- und Nachbarstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expertinnen und -Experten geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Pro-

- gramm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
  - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
  - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
  - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
  - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
  - Umwelthaftung,
  - EU-Erweiterung
  - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser, Landwirtschaft, Gentechnik (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 04.06“ als Hinweis auf Heft 4 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2006. Verweise auf den DNR-Deutschland-Rundbrief (s. u.) sind ähnlich gehalten, z. B. „DRB 11.05“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Periodika

### Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief, Deutschland-Rundbrief

Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe) [www.dnr.de/drbr](http://www.dnr.de/drbr)

## Unser Internet-Angebot

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

...heißt die Internetseite der EU-Koordination des DNR. Unter „Publikationen“ finden Sie hier alle älteren EUR-Ausgaben ab 2003 sowie alle Sonderhefte zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Hinzu kommen gut recherchierte Themenseiten sowie Informationen über Expert/innen, Publikationen und Termine. Ein „Brüsseler 1×1“ macht die Strukturen und Verfahren der EU verständlich und gibt Tipps zum Einmischen für Umweltverbände. Dazu kommen die täglichen EU-News.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

Hier finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben und die Sonderhefte ab Januar 2000 als PDF-Dateien
- Jahreshaltsverzeichnisse
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Unser eMail-Service

### Newsletter zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Wir informieren Sie täglich über aktuelle umweltpolitische Ereignisse in Brüssel und Berlin. Newsletter bestellen oder EU-News online lesen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Weitere EU-Umweltpolitik-Newsletter

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („Mailinglisten/ Webseiten“ - „EU-Politik“)

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Verbänden mailen wir kostenlos aktuelle Nachrichten zur EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Themen. Die Themen können Sie selbst auswählen: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

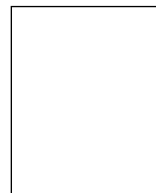
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: \_\_\_\_\_ Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin